



N i e d e r s c h r i f t
über die 12. - öffentliche - Sitzung
der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das
ehrenamtliche Engagement verbessern“
am 24. Februar 2021
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. a) **Bericht des Landesfeuerwehrverbandes**
hier: Präsentation des Strukturberichtes sowie der Ergebnisse der Umfrage zu Erfahrungen mit Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen in den Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen durch das Kommissionsmitglied Herrn Karl-Heinz Banse (Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen) 3
- b) **Ausführungen der Feuerwehr aus der Praxis**
hier: Vortrag durch Frau Lena Ehrhardt, Fachberaterin für das Pilotprojekt „Fachbereich Familie, Beruf und Feuerwehr“ der Regionsfeuerwehr Hannover 24
2. **Fortsetzung der Auswertung eingegangener Stellungnahmen der schriftlichen Anhörung zu Ziffer 4 des Einsetzungsbeschlusses (Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes) 33**
3. **Anmerkungen der wissenschaftlichen Begleitung**
(abgesetzt) 35

Anwesend:**Mitglieder der Kommission:**

Mitglieder des Landtags:

1. Abg. Petra Tiemann (SPD), Vorsitzende
2. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD)
3. Abg. Dunja Kreiser (SPD), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
4. Abg. Ulrich Watermann (i. V. d. Abg. Kerstin Liebelt) (SPD)
5. Abg. Bernd Lynack (SPD)
6. Abg. Hanna Naber (SPD,) per Videokonferenztechnik zugeschaltet
7. Abg. Rainer Fredermann (CDU)
8. Abg. Eike Holsten (CDU)
9. Abg. Veronika Koch (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
10. Abg. Frank Oesterhelweg (CDU)
11. Abg. Marcel Scharrelmann (CDU), per Videokonferenztechnik zugeschaltet
12. Abg. Jörn Schepelmann (CDU)
13. Abg. Volker Bajus (GRÜNE)
14. Abg. Thomas Brüninghoff (FDP), per Videokonferenztechnik zugeschaltet

Externe Sachverständige:

Karl-Heinz Banse,
Dr. Florian Hartleb (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Falk Hensel,
Dagmar Hohls,
André Kwiatkowski (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Annette Reus (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Jens Risse (per Videokonferenztechnik zugeschaltet),
Prof. Dr. Joachim Winkler (per Videokonferenztechnik zugeschaltet).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin,
Herr Deycke (wissenschaftliche Begleitung).

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14.05 Uhr bis 16.52 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

a) **Bericht des Landesfeuerwehrverbandes**

hier: Präsentation des Strukturberichtes sowie der Ergebnisse der Umfrage zu Erfahrungen mit Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen in den Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen durch das Kommissionsmitglied Herrn Karl-Heinz Banse (Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen)

Präsentation des Strukturberichtes

Der Bericht des Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen basierte auf der PowerPoint-Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist. Einzelne Darstellungen sind in den Text der Niederschrift eingebunden.

Karl-Heinz Banse: Wir haben, im Jahr 2019 beginnend, mit ca. 500 Personen - zum größten Teil Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden, aber auch mit Vertretern der Spitzenverbände und sonstigen Organisationen - in einer sogenannten Strukturkommission das Thema „Feuerwehr“ beleuchtet. Wir haben viele Arbeitsgruppen eingerichtet und uns Gedanken darüber gemacht, wie wir es schaffen können, dass die Feuerwehren auch in Zukunft so leistungsfähig aufgestellt sind, wie dies heute der Fall ist. Es gibt dazu einen sehr umfangreichen Bericht, der dem Landtag vorliegt.

Heute möchte ich gern eine Quintessenz daraus vorstellen.

Wir stellen uns natürlich den Herausforderungen der Zukunft. Die Sicherstellung des Brandschutzes liegt uns sehr am Herzen.

Entscheidend sind ein Blick zurück, die Gegenwart und die Entwicklungen von morgen.

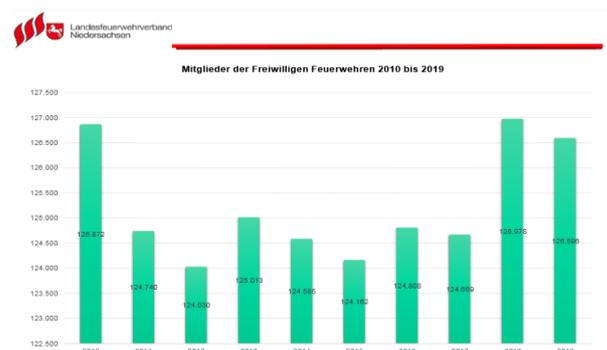
Wir haben insbesondere den demographischen Wandel berücksichtigt. Die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Feuerwehren können langfristig gefährdet sein. Die Einsatzhäufigkeit und die täglichen Belastungen der Einsatzkräfte sind nicht proportional zur Bevölkerungsentwicklung zurückgegangen. Im Gegenteil: Wir haben mehr Einsätze als in der Vergangenheit.

Hier ein Blick auf die Anzahl der Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen:



Die Anzahl der Freiwilligen Feuerwehren ist leicht rückläufig. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass sich kleinere Feuerwehren zusammengeschlossen haben. Dieses Thema wird Ihnen nicht unbekannt sein. In den Bereichen, in denen Feuerwehren zusammengelegt werden, geht das Thema ziemlich lange und heftig durch die Medien. Bisher haben wir verhindern können, dass Feuerwehren zwangsweise zusammenggelegt wurden. Fusionen wurden bislang auf freiwilliger Basis durchgeführt. Die betreffenden Feuerwehren haben mitgespielt und dem zugestimmt.

Im Augenblick gibt es in Niedersachsen 3 242 Freiwillige Feuerwehren. Das ist eine stolze Zahl. Wir sind, was den bundesweiten Vergleich angeht, nach Bayern das Land mit den meisten Feuerwehrleuten, obwohl Niedersachsen nicht das bevölkerungsreichste Land ist. Wir stehen um über 30 000 Mitglieder vor Nordrhein-Westfalen. Die Freiwilligen Feuerwehren in Bayern haben allerdings fast doppelt so viele Mitglieder wie unsere Freiwilligen Feuerwehren. Das ist sehr beachtlich, hängt aber auch mit den dortigen Strukturen zusammen. Bayern ist sehr ländlich geprägt. In Bayern sind die Feuerwehren weitaus stärker präsent als in Niedersachsen. - Das folgende Säulendiagramm zeigt,



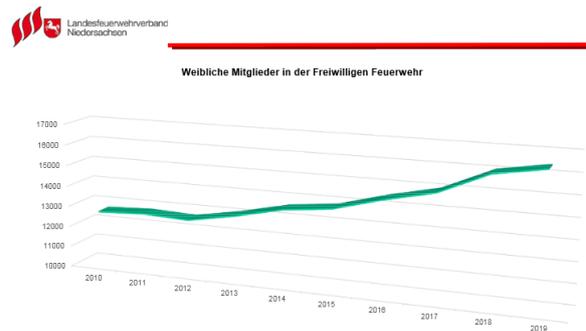
dass unsere Feuerwehren im Jahr 2010 fast 127 000 Mitglieder hatten. Die Zahl der Mitglieder ist dann sehr schnell zurückgegangen. Wir haben im Folgenden mit Werbemaßnahmen wie „Ja zur Feuerwehr“ - der eine oder andere wird schon die beklebten Busse oder auch Werbespots im Kino und im Fernsehen sowie Werbung in der Presse gesehen haben - begonnen.

Das hat dazu beigetragen, dass die Mitgliederzahlen erst stabilisiert und dann sogar gesteigert werden konnten. Wären die Prognosen aufgrund der demographischen Entwicklung eingetroffen, dann hätten wir heute gut 15 000 Feuerwehrleute weniger. Wir haben gegen den Trend einen Einbruch verhindern können.

Allerdings haben wir auch Maßnahmen wie die Anpassung der Altersgrenze ergriffen. Auch das war ein sehr umstrittenes Thema. Für die Feuerwehren gibt es festgeschriebene Altersgrenzen. Früher lag die Altersgrenze bei 62 Jahren. Sie wurde dann auf 63+ und bei der letzten Änderung des Brandschutzgesetzes auf 67 Jahre angehoben. Wir haben gesagt: Wir passen uns der allgemeinen Rentenaltersgrenze an. Warum sollen die Leute nicht so lange Feuerwehrdienst machen, wie sie auch arbeiten sollen. Dazu, ob das positiv ist oder nicht, sind die Meinungen geteilt.

Ich persönlich bin der Auffassung, dass auch eine 66- oder 67-jährige Kameradin oder ein 66- oder 67-jähriger Kamerad der Feuerwehr sehr gut Hilfe leisten kann; etwa im Einsatzleitwagen oder in der Logistik. Es werden nicht immer nur Kameradinnen und Kameraden im Schnellangriff, auf dem Tanklöschfahrzeug oder auf der Drehleiter benötigt. Das sollen die jungen Kameradinnen und Kameraden machen. Es gibt daneben viele Aufgaben, die durchaus von gesunden älteren Kameradinnen und Kameraden - vielleicht sogar besser als von jüngeren - wahrgenommen werden können.

In der folgenden Darstellung sehen Sie die Entwicklung der Zahl der weiblichen Mitglieder:



Die Zahl steigt an. Auf den ersten Blick sieht das ganz gut aus. Wir liegen derzeit - bei insgesamt gut 125 000 Einsatzkräften - bei über 16 000 weiblichen Mitgliedern in den niedersächsischen Feuerwehren. An diesem Zahlenverhältnis sieht man, dass durchaus noch eine Menge Luft nach oben ist.

Was den Bundestrend angeht, sind wir ziemlich gut aufgestellt. Ich glaube, mit unserem Frauenanteil liegen wir mit an erster Stelle. Gleichwohl ist aber noch sehr viel möglich. Ich sehe hier die größte Chance, die Mitgliederzahlen wirklich signifikant ansteigen zu lassen.

Wir versuchen natürlich auch, auf Migranten, auf Menschen mit Migrationshintergrund zuzugehen, um sie für die Feuerwehren zu gewinnen. Das erweist sich allerdings als sehr schwierig, weil in den Ländern, aus denen diese Menschen kommen, die Feuerwehr nicht einen solchen Ruf hat, wie sie ihn in Deutschland genießt. In Deutschland ist die Feuerwehr - egal bei welcher Umfrage - immer die Nummer eins. Wir sind immer die Beliebtesten. Führen Sie einmal eine solche Umfrage in der Türkei durch. Dann werden Sie ein anderes Ergebnis bekommen. Dort ist die Feuerwehr der Polizei zugeordnet. Sie ist auch in starkem Maße hoheitlich tätig. In Ländern wie der Türkei ist der Ruf der Feuerwehr ein anderer als bei uns. Sie wird dort auch anders wahrgenommen. Es gibt dort auch keine Freiwilligen Feuerwehren wie bei uns in Deutschland seit über 150 Jahren.

Wir haben gelernt, dass wir es nur - wenn überhaupt - über die Kinder- und Jugendfeuerwehren schaffen. Wir versuchen, über die Kinderfeuerwehren und die Jugendfeuerwehren - das klappt auch - Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund für die Feuerwehren zu gewinnen.

Der Anteil der weiblichen Mitglieder liegt bei den Jugendfeuerwehren schon fast bei 50 %. Dort

sind wir also auf einem guten Weg. Über diese Schiene versuchen wir, Menschen mit Migrationshintergrund und auch Frauen für die Feuerwehren und für die Einsatzabteilungen zu gewinnen.

Die Entwicklung der Kinder- und Jugendfeuerwehren ist sehr erfreulich.



Die Mitgliederzahlen sind stetig ansteigend. Das hängt ursächlich sehr stark damit zusammen, dass wir vor über zehn Jahren die Kinderfeuerwehren ins Leben gerufen haben. Bis dahin begann die Jugendfeuerwehr ab einem Alter von zehn Jahren. Der Wettbewerb um die Kinder beginnt aber schon viel früher. Die Sportvereine und auch alle anderen Institutionen - ich formuliere das mal etwas despektierlich - fangen die Kinder schon in einem Alter von sechs Jahren oder sogar noch früher ein.

Wir haben gesagt: Dem müssen wir uns anpassen. Wir setzen das Alter auf sechs Jahre herunter und ermöglichen die Gründung von Kinderfeuerwehren, die, was die Schwerpunkte angeht, nicht auf Ausbildung und Technik ausgelegt sind, sondern auf Spielen, um das Thema „Feuerwehr“ näherzubringen und die Kinder dann vielleicht für die Jugendfeuerwehr zu gewinnen.

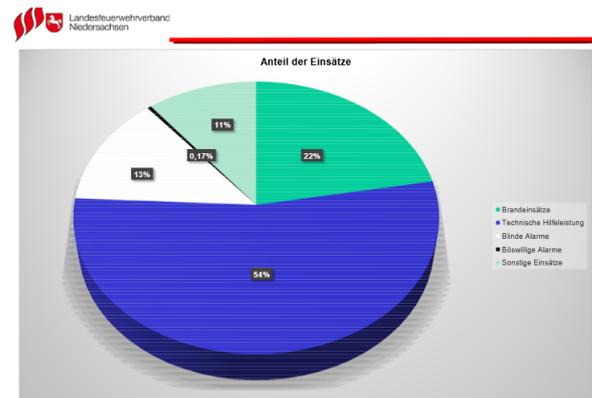
Das scheint sich erfolgreich zu entwickeln. Die Mitgliederzahlen steigen. Wir haben etwa 45 000 Kinder und Jugendliche in unseren Kinder- und Jugendfeuerwehren und sind damit bundesweit führend.

Ich bin sehr froh darüber und auch stolz darauf, dass unsere Kinder- und Jugendfeuerwehren das so gut im Griff haben und dass das so gut funktioniert.

Wichtig ist dabei die Unterstützung durch unsere Träger, also letztlich durch die Kommunen. Auch

das Land sollte immer seinen Anteil dazu leisten, damit diese Ausbildung finanziert werden kann. Das kostet viel Geld. Wir müssen den Kindern ja etwas bieten. Die Feuerwehren leben von öffentlichen Geldern. Sie haben zwar Mitgliedsbeiträge und auch Sponsoren, aber der Hauptanteil entfällt, da wir eine gesetzliche Aufgabe wahrnehmen, auf die Kommunen bzw. den Staat.

Was die Einsätze angeht,



entfällt der größte Teil - das ist der blaue Block - auf Technische Hilfeleistungen.

Auf Brandeinsätze entfallen 22 %. Das klingt nicht viel, ist aber immer noch viel zu viel. Schließlich sind mit Brandeinsätzen immer Schicksale verbunden. Aber die Anzahl der Technischen Hilfeleistungen nimmt ständig zu. Dabei geht es um Verkehrsunfälle oder um Umwelteinsätze. Den meisten Menschen ist kaum bewusst, in welchen Situationen die Feuerwehr dabei ist. Ob nun irgendwo ein Baum umzustürzen droht, ob eine chemische Flüssigkeit in einen Bachlauf gelangt ist, ob es um ein Hagelereignis geht - die Feuerwehr ist Mädchen für alles.

Leider gibt es auch blinde Alarme und böswillige Alarme, wobei allerdings zu differenzieren ist. Der Anteil blinder Alarme hängt damit zusammen dass viele Haushalte und fast alle Firmen mittlerweile mit Rauchmeldern ausgestattet sind und diese auch mal anschlagen, obwohl es nicht brennt. Mir ist es immer noch lieber, ein Rauchmelder schlägt zehnmal an und die Feuerwehr steht zehnmal vor der Tür, obwohl es nicht brennt, anstatt dass ein Rauchmelder nicht anschlägt und ein riesiger Schaden entsteht und vielleicht sogar Todesfälle zu beklagen sind. Lieber zwei- oder dreimal umsonst rausfahren. Aber wenn es darauf ankommt, sind wir da.

Zu den besonderen Herausforderungen 2018. 2018 war nicht nur für die Feuerwehren ein ganz besonderes Jahr. Wir hatten einen tollen Sommer, der nicht enden wollte. Zu Beginn haben wir alle gejubelt, doch irgendwann fehlten die Niederschläge, und es kam zu Waldbränden und dergleichen. Erwischt hat es auch Länder, bei denen man gar nicht damit gerechnet hatte. In Schweden gab es eine Hitzeperiode, die unserer in nichts nachstand. In Schweden gab es sehr viele sehr verheerende Waldbrände. Teilweise haben Flächen von 100 ha, 200 ha, von 300 ha und noch größere Flächen gebrannt. Es gab dann nicht nur einen solchen Brand, sondern 60 Brände auf einen Schlag.

Die schwedischen Feuerwehren waren hoffnungslos überlastet. In Schweden gibt es keine Freiwilligen Feuerwehren, sondern ausschließlich ein hauptamtliches System. Die Feuerwehren sind längst nicht so flächendeckend vertreten, wie dies in Deutschland der Fall ist.

Schweden hat letztendlich keine andere Möglichkeit mehr gesehen, als ein EU-Hilfeersuchen zu stellen. Das Ganze ist den Mitgliedsländern der EU zugetragen worden. Zwei Länder haben dann ihre Unterstützung zugesagt, nämlich Polen und Deutschland. Es sind dann polnische Einheiten und eine Einheit aus Deutschland nach Schweden gefahren. Wir in Niedersachsen haben diese Einheit gestellt. Sie kam aus dem Landkreis Nienburg. Wir sind mit den Nienburger Kameraden in Schweden gewesen. Ich bin mit dem damaligen Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hartmut Ziebs, auch nach Schweden gefahren. Wir haben dabei natürlich auch Kontakt zu den schwedischen Verbänden gesucht, um das Ganze ein wenig zu untermauern.

Das war ein toller Einsatz. Deutschland hat ein super Bild abgegeben. Wir hatten kurz vorher in der EU nicht den besten Ruf. Es gab einige politische Dinge, die nicht sonderlich gut angekommen waren. Aber im Zusammenhang mit diesem Einsatz hat Deutschland ein ganz anderes Bild abgegeben. Wir waren bereit zu helfen und konnten auch sehr gut helfen.

Der Brand bei Meppen war eine mediale Katastrophe. Sie war fast größer als das eigentliche Ereignis.



Besondere Herausforderungen 2018

Großbrand auf der Wehrtechnischen Dienststelle (WTD) 91 bei Meppen

- Einsatzzeit Nds. Einheiten ab 04.09. bis 01.10.2018
- Katastrophenfall LK Emsland vom 21.09. bis 27.09.
- Begleitung des Einsatzes vom Kompetenzzentrum des Nds. MI



Bei dem Brand im Moor bestand das Problem, dass die Flächen in dem Gebiet der Versuchsanstalt der Bundeswehr lagen und zudem auch noch mit Munition belastet waren.

Am Anfang gab es Kompetenzstreitigkeiten. Betroffen waren zum einen die Bundeswehr und zum anderen der umliegende Landkreis. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass der Landkreis in seinen Strukturen hervorragend gearbeitet hat. Ich habe beide Einsatzleitungen erlebt. Das hat wirklich super geklappt. Wir haben uns super abgestimmt. Es gab überhaupt keine Probleme, und es wurde auch nichts verheimlicht. Das lief wunderbar. Bei der Bundeswehr sah das nicht ganz so gut aus.

Es hat ziemlich lange gedauert, bis man die Sache in den Griff bekommen hat. Das war nicht einfach. Man wusste nicht, was im Boden liegt. Niemand will Feuerwehrkameraden irgendwelchen Explosionsgefahren aussetzen.

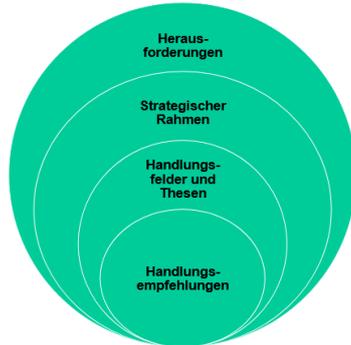
Gestört hat uns die Koordination innerhalb der Bundeswehr. Zum einen ging es um die Bundeswehr mit der militärischen Führung, zum anderen um die Wehrtechnische Dienststelle und drittens um die Bundeswehrfeuerwehr. Es fehlte der General, der gesagt hätte: Ich habe das Sagen über alles. Einen solchen General gab es nicht. Ganz im Gegenteil! Ein General hat zu uns gesagt: Jetzt kommt die Amtsleiterin. Ich gehe, lasse aber meinen Adjutanten hier. Ich muss noch woanders hin. - Das habe ich nicht verstanden. Dazu hat es klare Worte des Landrates gegeben.

Das hat man dann aber alles in den Griff bekommen, und das Feuer wurde auch gelöscht. Ich hoffe, dass so etwas in der Art und Weise in Zukunft nicht noch mal passieren wird.

Zur Analyse für die Zukunft:



Risikoanalyse für die Zukunft



Handlungsempfehlungen, Handlungsfelder und Thesen, strategischer Rahmen und Herausforderungen - das sind die Punkte, die man einzeln abarbeiten muss, um an die Dinge heranzugehen.

Natürlich gibt es Dinge, die uns in der jetzigen Situation herausfordern. Dabei geht es um das Ehrenamt als solches - darüber reden wir ja in dieser Kommission -, die Digitalisierung, die Demographie, den Klimawandel und leider auch um eine Bedrohungslage. - Ich möchte nicht vertiefend auf die einzelnen Punkte eingehen. Ich denke, Sie wissen, was ich meine.

Bei uns in Niedersachsen stützt sich das System des Brandschutzes und der Hilfeleistung zu weit über 90 % auf Freiwillige Feuerwehren. Zwar gibt es im Land auch Berufsfeuerwehren - in der Regel in den Städten mit über 100 000 Einwohnern. Auch in den Städten Cuxhaven und Emden, die keine 100 000 Einwohner haben, gibt es eine Berufsfeuerwehr. Und es gibt natürlich auch Werksfeuerwehren. Das Gros, weit über 90 %, der Einsatzkräfte sind aber Mitglieder von Freiwilligen Feuerwehren. Das sind die, die in der Fläche in den Einsatz gehen. Aber auch etwa in der Stadt Hannover werden Sie kein größeres Brandereignis erleben, an dem nicht auch die Freiwillige Feuerwehr beteiligt ist. Auch die Berufsfeuerwehr in Hannover ist auf die Unterstützung durch die Freiwilligen Feuerwehren angewiesen. Das funktioniert sehr gut.

Wie ich vorhin schon gesagt habe, stehen wir auch angesichts des demographischen Wandels gut da. Offensichtlich haben wir in den vergangenen Jahren die richtige Strategie verfolgt.

Aber langfristig ist das System nach wie vor durch die Auswirkungen der demographischen Entwick-

lung gefährdet. Wir werden nicht alle Auswirkungen abfangen können. Irgendwann wird der Zeitpunkt kommen, zu dem die Anzahl der Mitglieder zurückgehen wird.

Probleme für uns ergeben sich daraus, dass sich die Werteorientierung geändert hat. Viele ehrenamtlich Tätige sind nicht mehr bereit, sich im Grunde ihr gesamtes Leben zu engagieren. Bei der Feuerwehr war das früher so. Man ist eingetreten. Das war freiwillig. Alles andere war Pflicht. Heute denken die jungen Leute anders, sehr viel stärker projektbezogen. Sie sind bereit, etwas zu tun, aber für ein bestimmtes Projekt, und wenn das Projekt erfolgreich abgeschlossen ist, macht man erst mal wieder eine Pause und beginnt irgendwann dann mit dem nächsten Projekt. Das läuft heute anders. Darauf müssen wir uns einstellen.

Die Digitalisierung stellt uns vor große Herausforderungen. Ich bin seit 1973 in der Feuerwehr und habe schon einiges erlebt. Wenn Sie mich heute auf ein modernes Fahrzeug setzen würden, würde ich damit wahrscheinlich nicht mehr allzu viel anfangen können, weil ich diese Technik einfach nicht mehr beherrsche. Früher hatte man etwas zum Schrauben und zum Drehen. Heute hat man ein Display mit Touchscreen und hofft, dass die Technik funktioniert und man nicht erst noch drei Updates fahren muss. Ganz so schlimm ist es zwar nicht, aber es hat sich viel geändert. Die Digitalisierung fordert uns heraus.

Die Herausforderungen durch zunehmende Spezialisierung sind klar.

Auch der Klimawandel fordert uns heraus. Die Zahl der Einsätze steigt. Es gibt immer mehr Flächenbrände. Auch Hochwasserlagen werden uns wieder erreichen.

Zudem gibt es neue Bedrohungslagen. Erinnern Sie sich an die Ereignisse auf dem Breitscheidplatz. Die ersten, die vor Ort waren, waren die Feuerwehr und der Rettungsdienst, nicht die Polizei. Das ist eigentlich fast immer so. In eine solche Lage zu kommen, ohne zu wissen, was einen erwartet, ist ein Problem. Ob Kräfte, die so etwas erlebt haben, danach in der Feuerwehr weitermachen, ist die nächste Frage.

Was den strategischen Rahmen und die Schutzziele angeht, so wollen wir natürlich unsere Strategie fortsetzen. Wir wollen die Stärke der Feuer-

wehren beibehalten. Gleichzeitig müssen wir uns den Herausforderungen stellen.

Das ehrenamtliche Engagement muss gestärkt werden.

Die gesellschaftliche Wahrnehmung muss verbessert werden. Es gibt Menschen - nicht nur in Großstädten, sondern durchaus auch in Kreisstädten mit 30 000 oder 40 000 Einwohnern -, die glauben, die Feuerwehrmitglieder würden diese Tätigkeit beruflich ausüben. Sie sagen: Ihr bekommt doch Geld dafür. Also macht eure Sache vernünftig! - Daran sieht man, dass viele nicht mehr wissen, wie das System funktioniert.

Die Modernisierung und Digitalisierung des Brandschutzes hatte ich gerade angesprochen.

Es müssen die materiellen und funktionalen Voraussetzungen erfüllt werden. Neue Technik kostet viel Geld. Hier sind die Träger, aber auch Land und Bund gefordert.

Bei den Feuerwehren ist mittlerweile auch die Stärkung der hauptberuflichen Tätigkeit ein Thema. Das Brandschutzgesetz steht zur Änderung an. Auch der Verband möchte, dass die Möglichkeit geschaffen wird, dass zukünftig Funktionsträger bzw. Führungskräfte in den Feuerwehren wie etwa Kreisbrandmeister hauptamtlich eingestellt werden können.

In einem Landkreis wie etwa Göttingen - mit der Größe und der Anzahl an Einwohnern und Feuerwehren - ist es für einen ehrenamtlichen Kreisbrandmeister nicht mehr ganz einfach, die Dinge in den Griff zu bekommen. Die Verantwortung wird nicht geringer.

Andere Länder haben schon vor Langem reagiert. Dort ist schon vor Langem die Möglichkeit eingeräumt worden, hauptamtliche Führungskräfte einzustellen. Hier in Niedersachsen haben wir gesagt: Wir müssen uns dem zumindest öffnen. Wir müssen die Möglichkeit schaffen, damit wir nicht eines Tages vor der Situation stehen, dass niemand mehr da ist, der die Aufgabe wahrnehmen will. Dann hätten wir nämlich ein Problem.

Das Ehrenamt wird immer vorgehen, es wird immer die erste Priorität haben. Solange jemand bereit ist, das ehrenamtlich zu tun, und auch die Qualifikation dafür hat, sollte diese Person und keine hauptamtliche Kraft das machen. Aber wenn das nicht mehr anders geht, muss man auch über hauptamtliche Kräfte nachdenken.

Das trifft insbesondere auch auf große Feuerwehren zu. Nehmen Sie als Beispiel große Städte wie Lüneburg oder Celle mit 70 000 Einwohnern und einer Freiwilligen Feuerwehr sowie 600 bis 700 Einsätzen pro Jahr. Was in solchen Stätten ein Ortsbrandmeister um die Ohren hat, brauche ich Ihnen sicherlich nicht zu erklären.

Was kann man tun?



Lösungen

Landtag

- Novelle des NBrandSchG 2021
- Novelle des NKatSG 2021
- Novelle NBG 2021
- finanzielle Rahmenbedingungen Haushalt 2022 ff.

Ministerium für Inneres und Sport

- Aktionsplan „Einsatzort Zukunft“
 - Sofortmaßnahmen
 - Prüfaufträge
 - Mittelfristige und
 - Langfristige Maßnahmen



Karl-Heinz Banse

Man kann das Brandschutzgesetz ändern, man kann das Katastrophenschutzgesetz ändern - dabei sind wir gerade -, man kann das Beamtengegesetz ändern und die finanziellen Rahmenbedingungen verbessern. Der Haushalt ist in diesem Zusammenhang ein ganz wichtiges Thema.

Bei den Dingen, die wir in der Enquetekommission besprechen, geht es auch um eine Neustrukturierung,



Novelle NBrandSchG 2021

- Kreisfeuerwehrebereitschaften
- Ergänzender überörtlicher Brandschutz
- Digitalisierungsprogramm
- Stärkung des Ehrenamtes
- Feuerwehrbedarfsplanungen (Gemeinden, Landkreise, Land)



Karl-Heinz Banse

um Kreisfeuerwehrebereitschaften, um Waldbrandzüge und dergleichen. In diesem Zusammenhang reden wir ganz schnell über Summen - etwa wenn es um die Kreisfeuerwehrebereitschaften und um Waldbrandzüge geht - von über 100 Millionen Euro. Die Kommunen wären sicherlich

Pandemie hätten, momentan bei 70 000 Lehrgangsteilnehmertagen einpendeln würde, und zum anderen die Nachfrage, die bei über 100 000 Lehrgangsteilnehmertagen liegt. Wir haben also ein Delta zu verzeichnen, das wir auszugleichen versuchen müssen.

Wir haben den Bedarf früh erkannt und in Scheuen das Gelände der ehemaligen Kaserne hinzugekauft.



Fortentwicklung der Akademie für Brand- und Katastrophenschutz im NIBK



Karl-Heinz Banse

Sie sehen Gebäude, die in Loy gebaut wurden. In Scheuen sind wir auch bereits fleißig am Bauen. Bei dem einen Gebäude handelt es sich um die neue Atemschutzwerkstatt und bei dem anderen Gebäude um ein Lehrgebäude. Beide Standorte, Celle und Loy, werden ertüchtigt und erneuert.

Hier geht es über die Jahre um ein Investitionsvolumen von 90 Millionen Euro, so die Planungen. Ich gehe aber davon aus, dass es durchaus 100 Millionen Euro werden, bis wir mit allem in den verschiedenen Phasen durch sind.

Wir sind auf einem guten Weg. Wir sind dabei, die Sparte Lehrgänge unseres NLBK so aufzustellen, dass wir bundesweit den Vergleich nicht zu scheuen brauchen. Wir sind dabei, in Scheuen ein Gelände zu entwickeln, welches bundesweit einmalig sind. Wir sind dort so gut aufgestellt, dass wir live üben können. Wir können ganze Kreisfeuerwehrbereitschaften mit hundert Kameraden in den Einsatz bringen. Das ist in keiner Übungshalle möglich. Viele Landesfeuerwehrschulen haben tolle, große Übungshallen, in die eine Drehleiter einfahren kann, die dort dann auch ausfahren kann. Das alles ist aber nur auf sehr engem Raum möglich und mit sehr starker Lärmbelastung verbunden. Wenn in einer Übungshalle eine Drehleiter ausgefahren wird und nebenher noch eine Pumpe läuft, hören Sie sonst gar nichts mehr. Auf unserem Übungsge-

lände kann man dagegen richtig üben. Das Heizwerk ähnelt einem Chemiewerk. Wir haben auf dem Übungsgelände Waldflächen und viele Gebäude. Wir stellen dort Einkaufsläden und Gebäude z. B. mit einer Arztpraxis nach.

Wir sind derzeit dabei, das Wirtschaftsgebäude, die Kantine und alles, was dazugehört, neu zu bauen. Demnächst geht es mit der Lehrleitstelle los. Das ist auch für den Stab des Innenministeriums für den Fall interessant, dass es mal zu einer entsprechenden Lage kommt. Wir sind dort wirklich auf einem super Weg, und wir sind froh, dass das Land dort Geld in die Hand genommen hat; im Übrigen aus allgemeinen Haushaltsmitteln. Wir haben das sehr wohlwollend und positiv zur Kenntnis genommen und werden in den meisten Ländern darum beneidet.

Wir haben die Strukturen geändert. Ihnen muss ich nicht erklären, dass wir den Polizeidirektionen zugeordnet waren. Wir waren darüber nie so richtig glücklich, was aber nicht heißen sollen, dass wir mit den Polizeiern nicht gut zusammengearbeitet haben. Ganz im Gegenteil! Wir müssen mit der Polizei gut zusammenarbeiten und tun das auch. Auf der Ortsebene ist das überhaupt kein Problem. Wir ziehen an einem Strang und müssen uns in jeder Lage abstimmen und absprechen. Das funktioniert auch einwandfrei. Es gab mal kleine Schwierigkeiten, wenn die Autobahnpolizei meinte, sie habe die Einsatzleitung. Man musste wohl mal sagen, wer wirklich den Hut auf hat. Das aber alles sind nur Kleinigkeiten, und das hat sich schnell eingespielt.

Problematisch war, dass es auf der Ebene der Entscheidungsträger, der Präsidenten und der Regierungsbrandmeister, Verwerfungen und Fälle gab, die nicht optimal gelaufen sind. Die Polizei hat ihre eigenen Interessen zu vertreten. Wäre ich Polizeipräsident, stünden natürlich meine Polizeibeamten, die nicht nur verbal bedroht werden, sondern auch ganz andere Dinge erleben, an erster Stelle. Die Feuerwehr ist in solchen Fällen dann nicht unbedingt die Nummer eins. Insofern gab es immer wieder kleine Konflikte. Aus unserer Sicht war das nicht gerade optimal, und auch bundesweit wurde die Lösung, die Niedersachsen gefunden hatte, nicht gerade mit Freude gesehen.

Es gibt das neue NLBK mit Sitz in Celle. Das lässt sich ganz gut an. Ich bin Regierungsbrandmeister und kann das recht gut beurteilen. Klar: Eine solche Behörde muss erst mal richtig in Gang kom-

men. Noch hat das Landesamt keinen Präsidenten, sondern erst einen kommissarischen Präsidenten. Die Stelle muss erst noch ausgeschrieben werden. Aber das Ganze ist ziemlich dynamisch und läuft ganz gut. Wir haben schon viele gute Gespräche geführt und werden auch gut beteiligt. Ich bin ganz zufrieden. Wenn sich das so weiter entwickelt, sind wir auch dort auf einem richtigen Weg.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Vielen Dank für den ausführlichen Bericht. Sie haben deutlich gemacht, wie groß der ehrenamtliche Anteil unter denen ist, die für uns tagtäglich, immer um das Risiko wissend, in bestimmte Lagen gehen. Ich glaube, ich spreche für die gesamte Kommission, wenn ich mich dafür ganz herzlich bedanke.

Wir müssen uns sicherlich um die Bedingungen, unter denen die ehrenamtlichen Kräfte tätig werden, sehr bemühen.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Auch von mir herzlichen Dank. Wenn wir heute alle Themen diskutieren wollten, kämen wir sicherlich nicht durch. Im Übrigen bin ich ein Freund der Arbeitsteilung. Ein großer Teil der Debatte wird sicherlich im Innenausschuss geführt werden müssen. Von daher möchte ich mich auf die Fragen zum Ehrenamt beziehen.

Was das Nachwuchsthema angeht, so ist es durchaus erstaunlich, dass Sie mit einer guten Kampagne, gerade auch mit Blick auf die Jüngeren, erfolgreich sind. Nun kommt ja immer mehr Ganztagsbetreuung an den Schulen. Gibt es gute Beispiele für Kooperationen? Gibt es Fälle, in denen die Feuerwehren Teil des Schulangebots werden können?

Sie hatten das Problem der zunehmenden Projektorientierung angesprochen. Das ist gerade für Sicherheitsstrukturen, bei denen es um dauernde Präsenz geht, schwierig. Welche praktischen Lösungsvorschläge haben Sie hierfür?

Ich höre zunehmend von Freiwilligen Feuerwehren, dass die Arbeitgeber früher recht stolz waren, viele Feuerwehrmitglieder in den Reihen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben, während dies heute als Belastung empfunden wird, was die Kolleginnen und Kollegen auch durchaus zu spüren bekommen. Haben Sie eine Idee, was man in dieser Hinsicht machen kann? Auch in der Wirtschaft ist der Druck größer geworden. Trotzdem gehe ich davon aus, dass die Mitglieder der

Freiwilligen Feuerwehren eine Menge zusätzlicher Skills und Qualifikationen aufweisen und insofern jeder Arbeitgeber glücklich sein sollte, über solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verfügen. Vielleicht haben wir ja die Möglichkeit, in dieser Hinsicht etwas zu tun.

Karl-Heinz Banse: Das Problem der Ganztagsbetreuung ist uns bewusst. Es ist ja nicht neu. Viele Feuerwehren sind bereits eingebunden und machen Brandschutzerziehung im Rahmen der Ganztagschulen. Sie gehen in die Schulklassen und machen dort „Feuerwehrunterricht“. Wir nutzen diese Möglichkeit natürlich auch, um auf diesem Weg weitere Mitglieder zu gewinnen.

Das geht aber noch weiter. Mittlerweile machen wir in einigen Landkreisen Projekte, die wir letztendlich auch landesweit umsetzen möchten und die darauf abzielen, die Truppmannausbildung der Feuerwehr, die ganz streng reglementiert ist, in den Schulen anzubieten. Es gibt - im Osnabrücker Bereich und im ostfriesischen Bereich - berufsbildende Schulen, an denen in Wahlpflichtkursen die Truppmannausbildung absolviert werden kann. Das sind dann ausgebildete Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner, die direkt in die Einsatzabteilungen wechseln können. Das lässt sich ganz gut an, und wir haben auf diesem Weg auch bereits Mitglieder gewinnen können und versuchen, das auszubauen.

Das Ganze ist nicht ganz so einfach. Denn man braucht Feuerwehrmitglieder, die die Zeit haben, das an den Schulen kontinuierlich umzusetzen. Wir sprechen mit unseren Kommunen, damit die betreffenden Mitglieder entsprechende Aufwandsentschädigungen bekommen, damit wir dort ein wenig mitwirken können. Wir haben dieses Feld aber erkannt und sind auch am Ball.

Das Problem der stärkeren Projektorientierung ist bei uns nicht so einfach zu lösen. Die Feuerwehren sind streng hierarchisch aufgebaut. Man beginnt als Feuerwehrmann und kann in Niedersachsen gegebenenfalls als Regierungsbrandmeister aufhören. Das lässt sich mit den früheren Stufen nach dem Beamtenrecht vergleichen: einfacher Dienst, mittlerer Dienst, gehobener Dienst, höherer Dienst. - Deswegen ist es schwierig, jemanden etwa als Zugführer oder Verbandsführer auszubilden, wenn diese Tätigkeit dann nur für ein einziges Projekt ausgeübt werden soll. Das funktioniert nicht. Wir müssten innerhalb der Feuerwehren Projekte definieren. Das machen viele Feuerwehren auch schon, indem etwa Arbeits-

gruppen für Mitgliederwerbung in Kindergärten oder zur Gestaltung eines neuen Feuerwehrhauses gebildet werden. Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppen wickeln dann ein solches Projekt ab und gehen danach wieder in den normalen Dienst zurück oder nehmen andere Aufgaben wahr, damit nicht immer nur die gleichen Führungskräfte alles machen müssen. Wir müssen auch die Führungskräfte ein wenig entlasten.

Ich bin noch nicht näher darauf eingegangen, dass auch die bürokratischen Belastungen immer höher werden. Zwar wird auf der einen Seite immer mehr digitalisiert, auf der anderen Seite wird aber auch die Arbeit immer mehr. Solange ich dabei bin, habe ich nicht erlebt, dass die Arbeit weniger wurde. Wir müssen immer mehr Berichte schreiben, wir müssen immer mehr nachweisen. Wir bekommen immer mehr Verantwortung. Auch das ist ein Problem. Insbesondere unsere Träger müssten uns entgegenkommen, indem sie vielleicht sogenannte Verwaltungshelfer zur Verfügung stellen. Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, dass es Feuerwehren gibt - und das ist der Fall -, die selbst die Ausschreibung für ein Fahrzeug abwickeln müssen. Man bewegt sich dabei im europäischen Ausschreibungsrecht und steht gewissermaßen mit einem Bein vor dem Kadi. Es gibt tatsächlich Gemeindebrandmeister, die das für ihre Gemeinde machen. Ich halte das für sehr bedenklich. Früher war bei uns das Ordnungsamt bzw. der Ordnungsamtsleiter dafür zuständig. Aber das wird immer mehr Richtung Feuerwehr verlagert.

Ohne Akzeptanz der Arbeitgeber - das Gleiche gilt für die Akzeptanz der Familie - geht gar nichts. Schon seit vielen Jahren gibt es die Aktion „Partner der Feuerwehr“. Der Innenminister zeichnet einmal im Jahr gemeinsam mit mir Firmen aus, die sich besonders für die Feuerwehren hervorgetan haben. Das geschieht - dankenswerterweise - im Gästehaus der Landesregierung und kommt sehr gut an. Die Arbeitgeber sind regelmäßig begeistert, wenn sie eine Einladung in das Gästehaus der Landesregierung bekommen. Auch die Unternehmen nutzen das natürlich medial ein wenig aus. Das ist eine schöne Sache, aber nicht auf Dauer ein Heilsbringer.

Nach der gesetzlichen Regelung müssen die Arbeitgeber freistellen. Aber irgendwann ist Arbeitgebern das eigene Hemd näher als unsere Hose. Was ist, wenn ein Arbeitgeber sagt: „Ich kann zwar nicht verhindern, dass du zum Einsatz gehst, aber wenn du so weiter machst, wirst du

nicht befördert, oder aber du bist der erste, von dem ich mich im Zweifel trenne.“? Sicherlich muss man sich Gedanken darüber machen, wie man den Arbeitgebern ein Stück weit entgegenkommt.

Wir suchen die Gespräche mit den Handelskammern und den Verbänden. Mittlerweile ist erkannt worden, dass gut ausgebildete Feuerwehrleute über eine gewisse soziale Kompetenz verfügen. Sie sind schon ein wenig anders drauf als der Normalbürger, und Firmen profitieren davon, dass sie verantwortungsbewusste Mitarbeiter haben. Wer in der Feuerwehr Verantwortung übernimmt, macht das vielleicht auch im Berufsleben.

Natürlich ist es im Interesse der Kommunen, dass die Freiwilligen Feuerwehren funktionieren. Wäre das nicht der Fall, müsste man eine hauptamtliche Lösung finden, die sehr viel Geld kosten würde. Vielleicht ist es möglich - ich weiß nicht, ob das mit Blick auf die Steuergerechtigkeit funktioniert -, gewisse Vorteile etwa bei der Gewerbesteuer oder bei anderen Steuern, die Unternehmen zahlen müssen, zu gewähren, um den Arbeitgebern ein Stück weit entgegenzukommen. Vielleicht müsste das auf Bundesebene geregelt werden.

Dies diskutieren wir derzeit beim Deutschen Feuerwehrverband. Das ist nicht ganz einfach, aber wenn uns nichts einfällt und die ersten Feuerwehren wegbrechen, wird es keine andere Lösung geben, als dort Berufsfeuerwehren einzuführen. Ob das eine gute Lösung wäre, weiß ich nicht. Auf jeden Fall würde das sehr viel Geld kosten.

Zustände wie etwa in England möchte ich aber auch nicht haben. Wir sind es in Deutschland gewohnt, dass die Feuerwehr nach spätestens acht Minuten da ist. In England kann es passieren, dass die Feuerwehr erst nach einer Stunde kommt. Ich will in diesem Zusammenhang gar nicht über Todesfälle reden, und was Sachschäden angeht, ist das alles, wenn man gut versichert ist, vielleicht nicht sonderlich tragisch. Aber die Versicherungen müssten dann ihre Prämien entsprechend anpassen.

Was die Akzeptanz bei den Arbeitgebern angeht, so hoffen wir auch auf unsere Träger und auch auf den Gesetzgeber, dass Lösungen gefunden werden, wie den Arbeitgebern ihre Akzeptanz sozusagen vergütet werden kann.

Insgesamt habe ich bislang nicht den Eindruck, dass wir Probleme mit Arbeitgebern haben. Probleme gibt es vereinzelt, aber nicht bei dem Gros der Arbeitgeber. Ganz im Gegenteil! Die kleinen, die mittelständischen Unternehmen sind der Feuerwehr äußerst positiv zugetan. In diesem Bereich haben wir wirklich ganz, ganz wenige Probleme. Wir hatten eine Zeit lang mal massive Probleme mit einem staatlichen Unternehmen. Das hat sich mittlerweile aber auch gelegt. Bei den ganz großen Unternehmen, wie VW, funktioniert das wunderbar. Sie sind in allen sozialen Bereichen sehr engagiert; zwar nicht mehr ganz so stark wie früher, aber es funktioniert ganz gut.

Ein Unternehmer, der vielleicht zehn Mitarbeiter hat, von denen acht in der Feuerwehr sind, muss von seinen Leuten schon verlangen können, dass sie selbst entscheiden. Sicherlich können nicht alle acht den Betrieb für einen Einsatz verlassen, sondern vielleicht nur fünf. Schließlich muss der Betrieb weitergehen. Das müssen die Feuerwehrleute auch selbst wissen.

Feuerwehrleute sind nicht alle gleich. Manche sind durchaus stur: Nach dem Brandschutzgesetz musst du mich für den Einsatz freistellen! - Aber nehmen Sie etwa den Fall einer Gießerei. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass der Inhaber mit Blick auf seine Gussformen nicht sonderlich begeistert ist, wenn ein erheblicher Teil seiner Mitarbeiter den Betrieb für einen Einsatz verlässt. In der Regel sind die Arbeitgeber uns gegenüber aber positiv eingestellt.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Auch ich möchte Ihnen ganz herzlich für Ihren umfassenden Bericht bedanken. Als aktiver Feuerwehrmann liegt mir dieses Thema sehr am Herzen.

Sie haben von der abnehmenden Zahl der Ortsfeuerwehren sowie von Ortsfeuerwehren berichtet, die - bisher glücklicherweise auf freiwilliger Basis - zusammengelegt worden sind. Beobachten Sie aufgrund der Zusammenlegung von Ortsfeuerwehren einen Rückgang im Bereich des Engagements? Die Verbundenheit mit der Ortsfeuerwehr eines kleinen Ortes ist meistens sehr groß. Gibt es Erhebungen darüber, in welchem Umfang Feuerwehrmitglieder aufhören, wenn die eigene Ortsfeuerwehr mit einer anderen Ortsfeuerwehr zusammengelegt wird und deshalb das Gerätehaus im Nachbarort benutzt werden muss.

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie auf das Problem der Bürokratie hingewiesen haben. Das ist nichts

Neues, aber leider auch bei den Feuerwehren ein großes Problem und vergrößert nicht unbedingt die Freude an der Arbeit.

Inwieweit gibt es Überlegungen zu dem Katalog an Pflichtdiensten? Zweifellos sind die Dienste zur Unterweisung nach den Unfallverhütungsvorschriften notwendig. Aber der Dienstkalender für ein Jahr lässt sich fast zur Hälfte mit Pflichtdiensten füllen, und nur die andere Hälfte bleibt dann für die Bereiche übrig, für die man ausbilden möchte. Gibt es Überlegungen oder Ideen, daran etwas im Interesse der Ehrenamtlichen vor Ort zu verändern, um das Dienstgeschehen etwas individueller gestalten zu können?

Nun noch eine Anmerkung zu einem Thema, von dem ich glaube, dass es ein wenig die Freude an dem Ehrenamt belastet. Stichwort: Feuerwehrwettkämpfe. - Ich habe jahrelang daran teilgenommen, auch sehr gern daran teilgenommen. Mittlerweile ist das nicht mehr so. Ich nehme - allerdings auch aus anderen Gründen - nicht mehr an den Wettkämpfen teil. Früher haben die Wettkämpfe viel Spaß gemacht. Inzwischen wird aber, glaube ich, mehr Wert darauf gelegt, dass nach FwDV 3 und hochgradig korrekt gearbeitet wird, als den Spaß in den Fokus zu nehmen.

Man muss immer auch im Blick haben, dass die Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner auch aus Spaß bei der Feuerwehr dabei sind. Bei aller Notwendigkeit sollte der Blick auch ein wenig auf den Spaß an der Tätigkeit gerichtet werden. Ich habe die Hoffnung, dass sich in Zukunft etwas ändert, damit viele Ehrenamtliche Freude an der Tätigkeit in der Feuerwehr haben und dann mit dieser Freude die notwendige Arbeit, die nicht immer schön ist, verrichten.

Karl-Heinz Banse: Was die Auswirkungen der Zusammenlegung von Ortsfeuerwehren anbelangt, gibt es - noch - keine Erhebungen. Wir sind an dem Thema dran. Ich habe jedoch bereits Erfahrungen machen können, weil in meinem Umfeld, in meinem alten Heimatskreis, Feuerwehren zusammengelegt worden sind. Wenn zwei Feuerwehren zusammengelegt werden, verliert meistens eine der beiden ein bisschen. In dem Fall der einen Feuerwehr befindet sich der Standort der Feuerwehrhauses nicht mehr im eigenen Ort. Feuerwehr bedeutet aber auch ein wenig Integrität: Das ist mein Dorf, das ist meine Feuerwehr. - Feuerwehr ist nicht nur eine Institution, sondern bedeutet ein Stück weit auch Vereinsleben und Zusammenleben. Feuerwehr ist auch Kulturträ-

ger. In manchen Bereichen gibt es nur noch die Feuerwehr und nichts anderes mehr. Selbst die Kirchen haben sich aus einigen Bereichen schon verabschiedet.

Dass sich durch die Zusammenlegung Auswirkungen in dem Sinne ergeben, dass die Feuerwehr hinterher nicht mehr einsatzfähig ist, kann ich nicht feststellen. Im Fall der Zusammenlegung ergibt sich immer ein Benefit. Werden zwei kleine Feuerwehren zusammengelegt, entsteht eine mittelgroße. Anstelle eines TSF-W, das die Feuerwehr, wenn sie Glück hatte, vorher hatte, bekommt sie dann vielleicht ein LF 10 und verfügt über ganz andere Möglichkeiten, in den Einsatz zu gehen. Meist wird nach einer Zusammenlegung auch ein neues Feuerwehrhaus auf dem neuesten Stand der Technik gebaut.

Wir legen allergrößten Wert darauf, dass die Feuerwehren bei einer Zusammenlegung mitmachen, dass Feuerwehren also nicht gegen ihren Willen zusammengelegt werden. Das scheint zu funktionieren. Leider werden nicht alle mitgenommen, aber das Gros schon.

Pflichtdienste. Es besteht nun einmal die Verpflichtung, jedes Jahr 80 Ausbildungsstunden zu absolvieren. Für viele ist das schwierig.

UVV ist klar: Sicherheitsbelehrungen müssen vorgenommen werden. Schließlich geht es um die Sicherheit der Feuerwehrkräfte.

Wie gestaltet man den Feuerwehrdienst? Ich war selbst lange Jahre Ortsbrandmeister einer Schwerpunktwehr. Früher gab es - Feuerwehrleute werden das kennen - eine Mappe mit Musterdiensten, die man dann durchgezogen hat. Das war zwei Jahre lang interessant, die folgenden Jahre aber nicht mehr, weil sich das dann alles wiederholt hat. Man muss immer ein wenig innovativ sein. Man muss sich etwas überlegen. Das liegt auch viel an den Führungskräften.

Je größer eine Feuerwehr ist, umso mehr Technik hat sie - Drehleiter, Rüstwagen, modernste Technik, Plasmaschweißgeräte. Das ist hochinteressant auch für junge Leute. Bei einer Feuerwehr, die nur über ein TSF verfügt, ist das schwieriger. Man muss sich schon überlegen, wie man die Dinge durch Objektausbildung und gemeinsame Ausbildung gestaltet. Warum nicht gemeinsamer Dienst von kleiner Ortsfeuerwehr und Schwerpunktfeuerwehr? Warum kann nicht auch ein Feuerwehrmann aus einer kleinen Ortsfeuerwehr

auf der Drehleiter ausgebildet werden? Es bestehen schon Doppelmitgliedschaftsmöglichkeiten. Leute, die in dem einen Ort arbeiten und in einem anderen wohnen, können bei beiden Feuerwehren mitmachen. Dann wird das Ganze interessanter.

Ich komme von einer großen Feuerwehr. Früher durfte niemand aus einer kleinen Wehr eines unserer Fahrzeuge anfassen. Die durften sich das bestenfalls anschauen. Das ist aber vorbei.

Man muss über seinen Schatten springen, und auch das Hierarchiedenken innerhalb der Wehren muss weg. Alle sind gleich wichtig!

Als ich angefangen habe, standen sogar tagsüber bei einer Alarmierung 70 Leute auf der Matte. Wir konnten es uns erlauben, die Hälfte im Feuerwehrhaus zu lassen. Meine Nachfolger sind heute froh, wenn 16 bis 20 Kräfte zusammenkommen, damit der Löschzug ausrücken kann. Wenn andere Feuerwehren mitmachen, ist es doch gut. Man muss umdenken. Aber das bekommt man auch hin.

Wettbewerbe in dem alten Format gibt es nicht mehr. Vor Jahren schon haben wir einen Arbeitskreis ins Leben gerufen, der sich Gedanken über neue Feuerwehrwettbewerbe gemacht hat. Leider ist das Ganze infolge der Pandemie nicht so richtig in Schwung gekommen. Allerdings hat es durchaus schon Wettbewerbe gegeben. Ich selbst war in Wolfenbüttel dabei, als der Bezirk Braunschweig dort einen Wettbewerb durchgeführt hat. Diese Wettbewerbe sind sehr publikumswirksam und machen den Feuerwehrleuten offensichtlich auch mehr Spaß. Ein Bestandteil ist etwa „Kuppeln“. Dort wird auf Zeit nur gekuppelt. Es gibt Kuppel-Konteste mit Tausenden Zuschauern auch in Niedersachsen. Die Wettbewerbe finden in großen Hallen statt. Da geht richtig der Bär ab. In den neuen Bundesländern gibt es Gruppen, auch Frauengruppen, die nichts anderes machen. Das sind Leistungssportler.

Wir gestalten Wettbewerbe nicht mehr stur nach Dienstvorschrift. Wir erhoffen uns, dass es durch diese Module einfacher wird. Es gibt von einer bestimmten Stufe an auch Module, die vorher nicht bekannt gegeben werden, damit nicht immer die gleichen Gruppen gewinnen. Am Tag des Wettbewerbs entscheidet der Wettkampfleiter, welches Modul - etwa „Schiere und Spreizer“ - Bestandteil des Wettbewerbs wird. Es gibt zwölf Module, den Teilnehmern ist aber nicht bekannt,

welche Module im einzelnen drankommen. Also kann man nicht so sehr drillen. Wenn an Wettbewerben Gruppen teilnehmen, die, bezogen auf die einzelnen Module, wirklich gedrillt sind, verlieren andere Wehren, die vielleicht fünfmal geübt haben, um da mitzumachen, die Lust.

Wir haben versucht, die Wettbewerbe - auch im Interesse der Zuschauer - ein bisschen sportlicher und mit ein bisschen mehr Aktion zu gestalten. Auch das Atemschutz-Tool ist super angekommen. Die Kräfte müssen unter PA z. B. über eine Leiter. Das finden die Zuschauer toll. In Wolfenbüttel war richtig was los.

Früher hat das kaum jemanden interessiert. Wenn Besuch kam - etwa der Minister oder ein Staatssekretär -, wurde gefragt: Was machen die da jetzt? Warum sind die vorhin gelaufen, und warum gehen die jetzt? - Bei einigen Teilen der Übungen durfte man nicht laufen, dann wiederum musste man laufen. Kaum einer der Zuschauer hat verstanden, worum es geht. Es hat Mühe gemacht, das zu erklären. Im UVV-Bereich wird gegangen; dort darf man nicht laufen. Dann darf man aber doch laufen, weil es um Rettung geht. Das konnte man kaum jemandem erklären. Wir versuchen, das zu verbessern. Das ist aber nicht einfach.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Auch von mir herzlichen Dank für Ihren Vortrag. Ich habe bei Ihren Ausführungen gestutzt, als Sie gesagt haben, dass Sie sich wundern, wie es Celle und Lüneburg schaffen, ohne eine Berufsfeuerwehr auszukommen.

Karl-Heinz Banse: Ohne hauptamtliche Führung.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD): Das relativiert das Ganze. Dennoch passt dazu meine Frage. Wenn wir das Ehrenamt gut ausstatten, bedeutet das, dass im Bereich des Hauptamtes gespart werden kann. Geht Ihr Plädoyer dahin, die Freiwilligen Feuerwehren entsprechend auszustatten, um Hauptamt einzusparen, oder sagen Sie: „Andersherum wird ein Schuh daraus. Ich möchte lieber Hauptamt haben und würde dafür auch ein Stück weit auf eine richtig, richtig gute Ausstattung verzichten.“?

Eine Frage zur Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und Familie. In meinem Wahlkreis beobachte ich, dass es in Freiwilligen Feuerwehren ganze Feuerwehryndastien gibt. Der Feuerwehren gehören Eltern an sowie deren Kinder, die längst selbst er-

wachsen sind, und die Enkel sind in der Jugendfeuerwehr unterwegs. Wenn sie das als Vollblutfeuerwehreute betreiben wollen, müssen sie ihr Leben so organisieren, dass es sich - zumindest habe ich manchmal diesen Eindruck - nicht um Beruf und Familie, sondern um die Feuerwehr dreht. Sind die Rahmenbedingungen so, dass man das unter einen Hut bekommen kann, oder könnte es Ihres Erachtens durchaus noch die eine oder andere Verbesserung geben?

Wir haben in den letzten Sitzungen über den kommunalpolitischen Komplex gesprochen und haben festgestellt, dass es in vielen Bereichen erheblichen Nachholbedarf gibt.

Gibt es spezielle Programme für die Nachwuchsgewinnung bzw. Programme mit dem Ziel, die Mitgliederzahlen konstant zu halten? Sie haben eine Darstellung gezeigt, auf der eine deutliche Delle zu sehen war, wobei die Mitgliederzahlen dann im Folgenden aber doch wieder stiegen und sich jetzt zu stabilisieren scheinen. Ist die Delle auf Austritte zurückzuführen, oder wie ist sie zu erklären? War sie auf Unzufriedenheit zurückzuführen oder aber auf natürliche Fluktuation?

Was das Ausbildungsangebot in Celle angeht, so haben Sie von einer Kapazität von 70 000 Personen gesprochen, während die Nachfrage aber bei 100 000 liegt. Müssen die Ausbildungskapazitäten dringend erhöht werden, oder warten die Kameradinnen und Kameraden doch lieber ein Jahr oder zwei Jahre in dem Wissen, dass sie in Niedersachsen besonders gut ausgebildet werden? Ist das ein extrem drängendes Problem?

Karl-Heinz Banse: Angesichts der jetzigen Lage auf dem Arbeitsmarkt bezweifle ich, dass man überhaupt in der Lage wäre, das Problem „hauptamtlich“ zu lösen. Sie werden kaum genügend Menschen finden, die diese Aufgabe wahrnehmen können.

Was die Frage nach der Ausstattung angeht, so hat mir mal der Oberbürgermeister einer sehr großen Stadt gesagt: Wenn die Feuerwehr noch eine dritte oder vierte Drehleiter haben will, bekommt sie sie, bevor wir anfangen, eine Berufsfeuerwehr aufzubauen. Jede Stelle einer Berufsfeuerwehr muss mit dem Faktor 4,5 besetzt werden. Eine Stadt mit 70 000 Einwohnern braucht mindestens eine Zugstärke, die permanent einsatzbereit ist. 20 oder 21 multipliziert mit 4,5. Sie können sich sicherlich vorstellen, was das an Personalkosten bedeutet. Dabei reden wir dann

noch nicht über ein einziges Fahrzeug, noch über kein Stück Ausrüstung, sondern nur über die Personalkosten.

Deswegen meine ich, dass man die Freiwilligen Feuerwehren entsprechend ausstatten und auch bei der Technik das eine oder andere Mal etwas großzügiger sein sollte, damit die Motivation bestehen bleibt. Sie können zwanzigjährige Menschen nicht motivieren, mit einem Feuerwehrfahrzeug zu arbeiten, das 40 Jahre alt ist. Das ist keine neue Technik, und das ist nicht unbedingt das, was motivationssteigernd wirkt.

Feuerwehr ist nicht nur Feuerwehr. Feuerwehr bedeutet nicht nur Brandschutz und technische Hilfeleistung, sondern Feuerwehr ist viel, viel mehr.

Sie kommen aus dem Landkreis Hildesheim und wissen sicherlich genau, was die Feuerwehren dort machen. Das ist in den anderen Landkreisen in Niedersachsen genauso. Es gibt kaum noch etwas, woran die Feuerwehren nicht beteiligt sind. Ob das nun Laternenumzüge sind, oder ob das Kindergartenfeste sind - die Feuerwehren sind fast überall dabei und werden fast überall mit eingebunden. Das Ehrenamt es wichtig, und es sollte auch gefördert werden.

Mein Hinweis auf die Hauptamtlichkeit bezog sich auf die Führungskräfte. Gedacht habe ich dabei an große Feuerwehren mit vielleicht 700 Einsätzen im Jahr und 200 aktiven Mitgliedern und die Verwaltungsarbeit, die damit zusammenhängt. Natürlich gibt es in den größeren Städten hauptamtliche Gerätewarte, aber der Chef selbst ist ehrenamtlich tätig. Die Verantwortung hat er, und er kommt schnell an seine Grenzen. Wenn sich niemand mehr findet, sollte man die Möglichkeit einräumen, dass die Aufgabe hauptamtlich wahrgenommen wird.

Allerdings gibt es dabei auch Probleme. Feuerwehr bedeutet auch Verbandsarbeit. Hauptamtliche Kräfte machen - um das mal etwas despektierlich auszudrücken - um 16 Uhr Feierabend. Die Verbandsarbeit fängt aber erst abends an. Ich kann nicht sagen: Ich stemple mich jetzt aus oder mache Überstunden. - Verbandsarbeit wird ehrenamtlich geleistet. Von daher müsste man an dieser Stelle Ehrenamt und Hauptamt zusammenführen. Manche Länder haben diesbezüglich Probleme mit ihren Führungskräften. Das muss sich erst einspielen.

In den Feuerwehren gibt es in der Tat Dynastien. Ich stamme selbst gewissermaßen aus einer solchen Dynastie. Mein Vater war schon Feuerwehrchef bei uns in Bad Lauterberg, woher ich komme. Viele sind miteinander verwandt. Viele Mitglieder stammen aber auch nicht aus solchen Dynastien. Das ist kein prägendes Bild.

Wie kann man Feuerwehr mit Familie und Beruf vereinbaren? Wir versuchen vieles. Ein Beispiel kann ich nennen. An der Landesfeuerweherschule gibt es ein Betreuungszimmer für Kinder. Wenn ein Feuerwehrmann oder eine Feuerwehrfrau niemanden hat, der auf das Kind aufpassen kann, besteht die Möglichkeit, dieses Betreuungszimmer in Anspruch zu nehmen. Auch an so etwas denken wir mittlerweile. Noch vor zehn Jahren wäre ein solcher Ansatz kaum denkbar gewesen. Inzwischen läuft das aber anders.

Wie bekommt man die Familie mit der Feuerwehr verbunden? Ich habe vorhin schon gesagt, dass Feuerwehr ein Stück weit Verein ist. Das muss die Feuerwehr selbst regeln. Sie darf ihren Zweck nicht nur in der Aufgabe als Einsatzinstitution sehen, sondern sie muss auch ein Vereinsleben gestalten und muss die Lebenspartnerinnen und Lebenspartner mitnehmen. Es muss auch mal Veranstaltungen geben, bei denen nicht etwa nur über die Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen oder über Brände gesprochen wird, sondern bei denen zusammen gegessen, getrunken, gefeiert wird. All das trägt dazu bei, dass die Familie mitzieht. Ohne Familie funktioniert es nicht.

Was Nachwuchsprogramme angeht, sind wir ziemlich aktiv unterwegs. Die Jugendfeuerwehr selbst hat viele Programme. Wir gehen in die Schulen, wir machen Brandschutzerziehung. Das wird über die Öffentlichen Versicherer gefördert. Wir gehen in die dritten Klassen und machen dort Brandschutzerziehung und natürlich auch Werbung für die Feuerwehr, um Kinder für die Kinder- und Jugendfeuerwehr zu gewinnen. Das funktioniert ganz gut. Ich erinnere an die Aktion „Ja zur Feuerwehr“.

Die Nachwuchsgewinnung lebt auch viel von Mund-zu-Mund-Propaganda. Die Feuerwehren müssen auch für sich selbst werben. Jeder Ortsbrandmeister muss bei sich zuhause dafür sorgen, dass der Mitgliederstand gehalten wird. Man kann in Hannover die tollsten Programme aufstellen. Das nützt aber nichts, wenn das nicht gelebt wird. Das muss vor Ort in der Ortsfeuerwehr gelebt werden. Man muss mit gutem Beispiel voran-

gehen. Man muss Leute ansprechen und vielleicht auch mal an der Haustür klingeln. Vielleicht muss man den Bürgermeister bitten, Neubürgern bei der Anmeldung einen Prospekt aushändigen zu lassen und auf die Feuerwehr hinzuweisen. All so etwas kann man tun. Und dann kann man auch etwas erreichen.

Was die Ausbildung betrifft, sind wir durch die Pandemie leider ein ganzes Stück zurückgeworfen worden. Über die Welle, die wir vor uns herschieben, können wir kaum noch hinweg gucken. Wir sind aber auf einem guten Weg gewesen. Noch vor einigen Jahren hatten wir eine Bedarfszuteilung von weniger als 50 %. Von den angemeldeten Lehrgängen war noch nicht einmal die Hälfte zugeteilt. Das war dramatisch. Wir haben dann im parlamentarischen Rahmen und überall dort, wo sich die Möglichkeit ergab, darauf hingewiesen, und das Problem ist dann auch entsprechend angegangen worden. Der Minister hat vor einigen Jahren gesagt, dass er eine Vollabdeckung erwartet. Ich hab ihn ein wenig zurückgeholt. Eine Vollabdeckung, eine Abdeckung von 100 %, schaffen wir ja selbst nicht. Wir wären zufrieden, wenn wir 75 % dessen, was angefordert wird, erreichen würden. Wir waren jetzt bei 70 % und bei einigen Lehrgängen sogar bei einem höheren Prozentsatz. Damit waren wir sehr gut unterwegs.

Mit den Perspektiven, die uns Scheuen eröffnet, hätten wir - gesetzt den Fall, dass wir das Personal haben - das auch durchgehalten. Unsere Lehrkräfte sind gut ausgebildete Feuerwehrleute. Leider räubern die Kommunen gern unter den vom Land ausgebildeten Feuerwehrleuten. Bei den Kommunen gibt es freie Heilfürsorge. Man geht mit 60 Jahren in Pension und bekommt auch noch eine Zulage für den Einsatzdienst. Eine Zulage haben wir jetzt auch den Lehrkräften eingeräumt, aber es gibt auf kommunaler Ebene immer noch gewisse Vorteile, so dass der eine oder andere, den wir mit viel Mühe und viel Geld ausgebildet haben, zu irgendeiner Berufsfeuerwehr wechselt. Wir müssen das Umfeld so gestalten, dass wir die Lehrkräfte auf Dauer halten können.

Wir waren gut unterwegs, haben jetzt aber massive Probleme. Wir beginnen gerade mit virtuellen Lehrgängen. Ich weiß nicht, ob das der Weisheit letzter Schluss ist. Es scheint zu funktionieren. Aber der praktische Teil fehlt. Ihn müssen wir irgendwann nachholen. Das wird nicht ganz einfach. Ich hoffe, dass wir wieder in die Spur kommen.

Die Delle in der grafischen Darstellung der Mitgliederzahlen hat auch uns verwundert. Wir haben versucht, das zu klären. Die Delle kann darauf zurückzuführen sein, dass sich bei den Statistikmeldungen, die jährlich an das Land weitergegeben werden, etwas Bahnbrechendes verändert hat, dass also etwa die Dienstbücher durchforstet worden sind und dabei festgestellt worden ist, dass darin noch Leute aufgeführt wurden, die nicht mehr zum Feuerwehrdienst kommen. Ich vermute ganz stark, dass Meldungen um die sogenannten Karteileichen bereinigt worden sind. Das hat sich über mehrere Jahre hingezogen, und jetzt fangen die Mitgliederzahlen aufgrund unserer Aktionen wieder an zu steigen.

Abg. **Veronika Koch** (CDU): Herr Banse, auch von mir herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich habe bislang leider noch keine konkreten Vorschläge zur Stärkung des Ehrenamtes gehört. Vielleicht können Sie konkret etwas benennen, was wir für die Arbeit der Kommission aufnehmen können.

Karl-Heinz Banse: Derzeit wird gerade das Brandschutzgesetz novelliert. Dabei sind einige Punkte in der Diskussion, die auch die Frage der Stärkung des Ehrenamtes betreffen.

Es gibt mehrere Ansätze. Ein Ansatz besteht darin, die Feuerwehren technisch und mit dem zugehörigen Equipment so auszustatten, wie wir dies für nötig erachten, um uns den Herausforderungen stellen zu können. Dieser Ansatz bedeutet Motivationssteigerung durch moderne Technik.

Ein weiteres Themenfeld betrifft die Aufwandsentschädigungen bzw. die Besteuerung von Aufwandsentschädigungen, das Reisekostenrecht und Ähnliches. Diese Themen haben wir bereits im Zusammenhang mit dem kommunalen Mandat besprochen. Auf die Feuerwehren trifft dies ebenfalls zu, da sie dem gleichen Rechtskreis angehören.

Drittens geht es um die Wahrnehmung in der Gesellschaft. Nach wie vor sind wir bei den Umfragen die Nummer eins. Das ist zwar gut, wie ich vorhin aber schon gesagt habe, gibt es viele Gruppen in der Gesellschaft, die nicht mehr wissen, was Feuerwehr eigentlich bedeutet und um welche Menschen es sich handelt, die sich einsetzen, um anderen Menschen zu helfen. Vielleicht sollte seitens des Staates und der Gesellschaft wieder etwas mehr getan werden, um den

Feuerwehrdienst aufzuwerten und darauf hinzuweisen, was er eigentlich bedeutet.

Ansonsten ist der Bürokratieabbau ein ganz wichtiges Thema. Wir haben in Niedersachsen ein einheitliches Verwaltungsprogramm eingeführt, das aber wiederum zu neuer Belastung geführt hat. Bis ein solches Programm richtig läuft, dauert es. Auch da gibt es eine Menge Schwierigkeiten. Wir hoffen, dass wir das irgendwann in den Griff bekommen. Durch dieses Programm erwarten wir durchaus gewisse Verbesserungen.

Ich hatte vorhin den Begriff „Verwaltungshelfer“ genannt und darauf hingewiesen, dass viele Kommunen immer mehr Aufgaben auf die Feuerwehrführung abwälzen, was die ehrenamtliche Feuerwehrführung auch in der Verantwortung überfordert. Bei Ausschreibungen für Fahrzeuge für 500 000 Euro - im Fall einer Drehleiter liegen wir mittlerweile schon bei 1,3 Millionen Euro - kommen wir in Bereiche, die mit großer Vorsicht zu genießen sind.

Wir haben in der Strukturkommission viele Themenbereiche angesprochen. Das Innenministerium ist hier unser erster Ansprechpartner. Es kennt die Dinge, und es gibt auch Kataloge, die wir nun Stück für Stück abzuarbeiten versuchen.

Es fing damit an, ein neues Landesamt zu gründen. Das war bereits ein Schritt in diese Richtung. Mit dem Projekt in Scheuen, also der Verbesserung der Ausbildung, sind schon einige Dinge auf dem Weg.

Jetzt soll das Brandschutzgesetz geändert werden. Auch dort sind einige Dinge vorgesehen.

Zudem ist bei den Feuerwehren im Moment das Thema „Uniformen“ akut. Unsere Uniform ist eigentlich historisch zu sehen. Wir tragen Uniformen, wie man sie im Grunde schon vor dem Ersten Weltkrieg getragen hat. Auch die Schulterklappen sind noch dieselben. Das hat nichts mit dem Dritten Reich zu tun. Die Schulterklappen, die wir tragen, sind viel älter. Es gibt neue Uniformen, die weniger auf Effekt ausgerichtet sind, die bequemer zu tragen sind und auch frauenfreundlicher sind. Auch in diesem Punkt wollen wir uns verbessern.

Prof. Dr. Joachim Winkler: Es ist von einer Delle in der Darstellung der Entwicklung der Mitgliederzahlen gesprochen worden. Dabei geht es, glaube ich, ein wenig auch um einen optischen Effekt, um den Maßstab, mit dem diese Tabelle aufge-

baut ist. Wenn man sich die absoluten Zahlen anschaut, wird man feststellen, dass bei 125 000 Mitgliedern die Zahl der Mitglieder ein Jahr später um 1 000 niedriger war. Die Entwicklung ist also nicht so dramatisch, wie dies nach der Optik der Fall zu sein scheint.

Frau Koch hatte danach gefragt, welche Schlussfolgerungen wir verallgemeinernd für das Ehrenamt insgesamt ziehen können. Hier sticht hervor, dass die Kinder- und Jugendarbeit der Feuerwehren und auch der Kontakt zu den Schulen - das kann man durchaus so sagen - vorbildlich ist. Bei der Suche nach ehrenamtlich Tätigen ist es sehr wichtig, sehr früh anzufangen und die Personen in den Bereich, in dem man tätig ist, einzubinden. Man konkurriert bei den Bemühungen, Ehrenamtliche zu gewinnen, mit anderen Bereichen. Je früher man beginnt und je stärker die Bindung ist, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Tätigkeit langfristig weitergeführt wird. Die Feuerwehren sind hier ein gutes Beispiel. Ähnliches gilt für den Sport. Man sollte nicht immer wieder das Argument bringen, die Jugendlichen würden sich nicht trauen, ehrenamtlich tätig zu werden. Die Statistiken sagen genau das Gegenteil. Jugendliche haben häufig größere Anteile als Rentner.

Herr Banse hat angesprochen, dass Feuerwehrleute Sozialkompetenz haben. Das ist ein wichtiger Aspekt, den man durchaus betonen sollte. Ehrenamtliche verfügen über Kompetenzen und Fähigkeiten, die auch Arbeitgeber benötigen. Man kann davon ausgehen, dass Menschen, die bereit sind, neben ihrem Beruf ehrenamtlich tätig zu sein, über eine Leistungsmotivation verfügen, die sich auch in der beruflichen Tätigkeit niederschlägt. Jemand, der in der Feuerwehr oder in einem anderen Verein tätig ist, ist leistungsmotiviert und bringt dies auch im Beruf ein. Das kann man belegen, und das ist etwas, was man mittel- und langfristig betonen sollte. In den USA werden bei Bewerbungen Tätigkeiten im ehrenamtlichen Bereich abgefragt. In Amerika sollten Sie keine Bewerbung schreiben, ohne darauf hinzuweisen, wo Sie freiwillig tätig sind.

Präsentation der Ergebnisse der Umfrage zu Erfahrungen mit Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen in den Freiwilligen Feuerwehren

Der Bericht des Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen basierte auf der PowerPoint-Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Einzelne Darstellungen sind in den Text der Niederschrift eingebunden.

Karl-Heinz Banse: Die Feuerwehr-Unfallkasse - das ist sozusagen unsere Berufsgenossenschaft - hat eine Untersuchung angestrebt, um das Problem von Gewalt oder schlechtem Verhalten gegenüber Einsatzkräften zu evaluieren. Zusammen mit einer Universität und Experten der Berliner Feuerwehr, die sich mit diesem Thema schon länger beschäftigen, hat sie eine Umfrage gestartet.

Zum Hintergrund der Umfrage. Schon seit geraumer Zeit machen wir zusammen mit der Polizei die Kampagne „#schlussdamit - Keine Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte“. Dies hat die Unfallkasse zum Anlass genommen, das Ganze zu unterfüttern. Immer wieder wird viel über dieses Thema geredet, und es gibt auch einige Berichte aus Großstädten. Wir haben uns gedacht, dass wir das in unserem Bundesland mal überprüfen sollten - ich bin alternierender Vorstandsvorsitzender der FUK -, und haben die Feuerwehren in Niedersachsen befragt.

Wir haben einen Fragebogen entwickelt und ihn allen Kreisbrandmeistern und Stadtbrandmeistern der kreisfreien Städte zugeschickt. Im September wurde die Pilotumfrage in der Region Hannover und im Landkreis Leer durchgeführt. Die landesweite Umfrage startete im Oktober. Wir haben jeweils vier Wochen Zeit gegeben. Die Umfrage bezog sich auf den Zeitraum der letzten beiden Jahre.

An der Umfrage haben insgesamt 2 668 aktive volljährige freiwillige Feuerwehrmitglieder teilgenommen. Das entspricht, wie wir uns haben sagen lassen, einer relativ hohen Rücklaufquote. Bei einer solchen Rücklaufquote lässt sich ein Trend ableiten, und das Umfrageergebnis ist zudem auch repräsentativ.

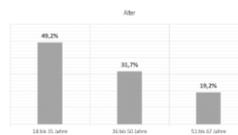
An der Umfrage haben zu gut 86 % männliche und zu knapp 14 % weibliche Feuerwehrkräfte

teilgenommen. Dies entspricht in etwa der Geschlechterverteilung in den Feuerwehren.

Geantwortet haben Kameradinnen und Kameraden aus der Gruppe der 18- bis 35-Jährigen, aus der Gruppe der 36- bis 50-Jährigen, aber zu fast 20 % auch 51-bis 67-Jährige.



4. Umfrageergebnisse



* Knapp die Hälfte der Umfrageteilnehmer und -teilnehmerinnen ist zwischen 18 und 35 Jahren, ca. 1/3 ist 36 bis 50 Jahre alt. Etwa 20% aller Teilnehmenden sind im Alter von 51 bis 67 Jahren.



Prävention

7
Karl-Heinz Banse

Eigentlich hatte ich erwartet, dass wir aus der Gruppe der 51- bis 67-Jährigen so gut wie keine Rückmeldungen erhalten, weil es sich dabei um die Jahrgänge handelt, die eher sagen: Das ist doch kein Problem. Das kriegen wir hin. Das ist doch keine Sache.

Leider kam bei der Umfrage heraus, dass in den vergangenen beiden Jahren 34 % der Teilnehmenden solche Ereignisse erleben mussten. Das ist mehr als ein Drittel. Das war für uns niederschmetternd. 50 % von denen haben sogar selbst Gewalt erfahren müssen. Das hätten wir so eigentlich nicht erwartet. Wir hatten nicht gedacht, dass es sich um eine so hohe Zahl handelt.

Das Umfrageergebnis ist aufgeschlüsselt worden. Danach ergibt sich folgendes Bild, wobei allerdings auch Mehrfachnennungen möglich waren:

4. Umfrageergebnisse



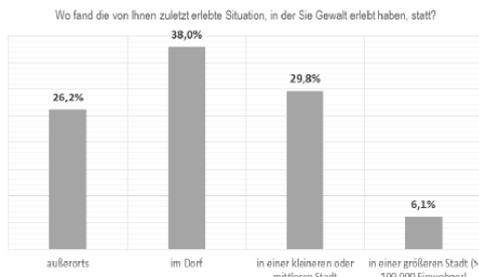
* Hier waren Mehrfachnennungen möglich. Auffällig ist, dass der Großteil der Umfrageteilnehmer und -teilnehmerinnen in den vergangenen zwei Jahren Beschimpfungen und Beleidigungen mit Worten/Gesten erfahren hat. Außerdem wurden vermehrt Bedrohungen mit Worten/Gesten erlebt. Beschimpfungen, Beleidigungen und Bedrohungen in sozialen Medien haben ebenso einen deutlichen Anteil.

Dieses Ergebnis ist so nicht hinzunehmen. Damit muss man sich befassen. Ich gehe nicht davon aus, dass die Zahl solcher Ereignisse abnimmt,

sondern ich gehe eher davon aus, dass das mehr wird.

Wir haben auch danach gefragt, wo diese Ereignisse geschehen sind:

4. Umfrageergebnisse



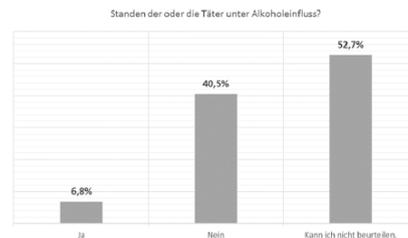
- Bezüglich des Stadt-Land-Gefälles zeigt sich kein starker Trend. Knapp 40% gaben an, dass die zuletzt erlebte Situation „im Dorf“ stattfand. Dass nur 6,1% der Gewalterlebnisse in einer Großstadt anzuesiedeln sind, dürfte dadurch erklärt werden, dass hier überwiegend Berufsfeuerwehren an Einsätzen beteiligt sind.

Damit, dass 38 % angegeben haben, Gewalt im Dorf erlebt zu haben, haben wir überhaupt nicht gerechnet. Viele Experten und Wissenschaftler, die sich mit dem Thema befasst haben, haben gesagt, es handele sich um ein urbanes Problem: Das gibt es in den Großstädten, das gibt es in den sozialen Brennpunkten. - Nein! Das haben wir in unseren Dörfern und in kleinen und mittleren Städten mit immerhin 29,8 % genauso. Der vergleichsweise geringe Wert von 6,1 % in größeren Städten resultiert daraus, dass es dort Berufsfeuerwehren gibt. Befragt haben wir Freiwillige Feuerwehren. Hätten wir die Berufsfeuerwehren mit in die Umfrage einbezogen, würde sich die Situation noch ganz anders darstellen. Ich bin mir sicher, dass im Bereich der Berufsfeuerwehren nicht zu 30 %, sondern zu 40 bis 50 % Erlebnisse mit Gewalt, Beschimpfungen und Bedrohungen zu verzeichnen sind.

84,7 % haben angegeben, Opfer von Einzeltätern geworden zu sein, nur 15,3 % der Befragten hatten es mit Gruppen von Tätern zu tun. Damit hatten wir auch nicht gerechnet. Üblicherweise heißt es: In der Gruppe sind sie stark. - In der Tat waren es aber überwiegend Einzeltäter. Ich hatte in einer früheren Sitzung das Beispiel eines Zahnarztes erwähnt, der zu seinem Haus wollte. Die Zufahrt zu seinem Haus war gesperrt, weil das Haus nebenan brannte, und der Zahnarzt fuhr der absperrenden Einsatzkraft über den Fuß. Dazu kann man nichts mehr sagen.

Alkohol spielt auch nicht die Rolle, wie man immer geglaubt hatte. Nur in 6,8 % der Fälle waren die Täter offensichtlich alkoholisiert. In 40 % der Fälle wurde ganz klar gesagt: Nein, die Täter standen nicht unter Alkoholeinfluss. Bei 52 % konnte man das nicht beurteilen.

4. Umfrageergebnisse



In Bezug auf Erfahrungen mit Gewalt spielt **Alkohol keine bedeutende Rolle**. Nur knapp 7% gaben an, dass der oder die Täter mit Sicherheit unter Alkoholeinfluss gestanden haben muss/müssen. 40,5% beantworteten diese Frage mit „Nein“ und etwa die Hälfte konnte dies nicht beurteilen. Ein **ähnliches Ergebnis** erbrachte die Frage nach möglichem **Drogeneinfluss** der Täter.

Auch damit hatten wir nicht gerechnet. Wir waren davon ausgegangen, dass es zu Gewalt, Beschimpfungen und Bedrohungen kommt, wenn die Leute Alkohol getrunken haben. Aber auch das ist nicht das entscheidende Kriterium.

Die Untersuchung war sehr umfangreich. Ich habe versucht, das Ergebnis für die heutige Präsentation etwas zu komprimieren.

Es geht weniger um körperliche Gesundheitsschäden, was auch die geringe Anzahl von Unfallanzeigen erklärt - wir haben wenige Unfallanzeigen von verletzten Kameraden -, als vielmehr um eher psychische Belastungen durch verbale Gewaltvorfälle, die für sich allein gesehen keiner medizinischen Betreuung bedürfen. Wenn die Leute aber immer wieder beleidigt werden, sinkt irgendwann die Motivation, und wir haben das Problem, dass sie dann irgendwann möglicherweise nicht mehr bereit sind, den Dienst weiter auszuüben.

Wir versuchen über Seminare und Schulungen, die Führungskräfte und die Feuerwehrleute mit dem Thema in Verbindung zu bringen. Deeskalation spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Manches Mal habe ich durchaus Angst, dass irgendwann der Spieß umgedreht wird. Es ist schon passiert, dass auf einer Bundesautobahn - das ging sogar durch das Fernsehen - ein Feuerwehrkamerad sein Strahlrohr in die andere Richtung gehalten hat. Er wurde dafür belangt. So etwas geht natürlich nicht. Das ist schon fast Selbstjustiz. Die Feuerwehr ist keine Polizeibehörde. Wir dürfen keine Gewalt ausüben. Mit ei-

nem Strahlrohr kann man eine große Menge anrichten. Ich habe große Angst davor, dass sich das Ganze irgendwann dreht und sich die Feuerwehr plötzlich gegen jemanden stellt. Das möchte ich nicht erleben. Wir versuchen, über Deeskalationstraining zu zeigen, wie man mit Aggressionen umgeht. Das ist nicht immer einfach, und auch die Polizei hat es manches Mal sehr schwer. Es kommt durchaus vor, dass Polizisten überreagieren. Ich kann das teilweise nachvollziehen.

Ferner ist eine stärkere und gezieltere Aufklärung der Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehren notwendig. Es gibt Sprüche wie: Wofür bekommt ihr euer Geld? - Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren bekommen kein Geld. Auch das muss man den Leuten klarmachen.

Erforderlich ist außerdem eine stärkere Vernetzung mit der NABK, also bezüglich der Ausbildung. Hier geht es um Schulungen, um Deeskalationstraining. Wir hoffen, dass wir, wenn wir wieder in den normalen Lehrbetrieb gehen können, auch zu solchen Themen schulen können. Das ist zwar Neuland, aber wir werden sicherlich über die Polizei Lehrkräfte bekommen, die das Thema kennen und es vermitteln können.

Wir müssen die Kampagne „#schlussdamit - Keine Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte“ und die Umfragekonsequenzen stärker miteinander vernetzen. Das ist leicht gesagt. Wir versuchen das Möglichste zu tun. Früher gab es in einer Phase, in der ebenfalls Gewalt auf der Tagesordnung stand, die Aktion „Helfende Hände schlagen nicht“. Dazu stehen wir nach wie vor.

Außerdem ist es notwendig, den strafrechtlichen Aspekt im Blick zu behalten und härtere sowie sofortige Sanktionen zu verhängen, um Gewalt gegen Feuerwehreinsatzkräfte zu verringern. Der gesetzliche Rahmen ist vorhanden. Die Strafmaße sind erhöht worden. Ich wünsche mir nur manches Mal, dass Sanktionen auch entsprechend umgesetzt werden. Ich kann der Justiz nicht vorschreiben, was sie zu tun hat. Als Feuerwehrmann gehöre ich zur Exekutive. Fatal wäre es, wenn wir der Justiz vorschreiben würden, was sie zu tun hat. Aber vielleicht sollte durchaus mal darüber nachgedacht werden, solche Täter auch tatsächlich zu belangen und nicht lediglich nach irgendwelchen Ermahnungen laufen zu lassen.

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU): Die Ergebnisse dieser Umfrage sind erschütternd. Die Frage ist

nun, welche Konsequenzen daraus gezogen werden müssen. Natürlich muss aufgeklärt werden, natürlich muss auf Deeskalation gesetzt werden. Am Ende darf kein Feuerwehrmann das Strahlrohr umdrehen und es auf Personen halten.

Die Frage ist: Warum haben wir diese Entwicklung? Ein Problem ist, glaube ich, dass der Respekt vor der staatlichen Autorität schwindet. Das wird seine Ursache auch in dem haben, was Sie zuletzt gesagt haben. Die Gesetze sind da, und Verschärfungen bringen nicht per se etwas. Aber eine Umsetzung dessen, was schon vorhanden ist, wäre hilfreich. Auf diesen Punkt sollten wir einen Fokus legen. Man kann mehr Aufklärung versuchen, möglicherweise dringt das aber nicht wirklich durch. Am Ende müssen die „Spinner“ - auf Deutsch gesagt - wieder Respekt bekommen, und das geschieht nur, wenn sie berechtigterweise Konsequenzen erfahren oder aber zumindest mit Konsequenzen rechnen müssen. Bisher können sie eher davon ausgehen, dass es bei einer Ermahnung bleibt. Das muss sich ändern. Dann kommen wir dahin, dass die Feuerwehr als staatliche Autorität verstanden wird, die zwar kein Gewaltmonopol hat, aber eine hoheitliche Aufgabe erfüllt und dabei nicht zu stören ist.

Von den sechs Punkten, die Sie angesprochen haben, möchte ich daher den letzten deutlich unterstreichen; denn nur das hilft, so hart die Wahrheit auch ist.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Die Umfrage hat zu zwei für mich sehr überraschenden Ergebnissen geführt. Ich hatte gedacht, dass Alkohol eine große Rolle spielt, und ich hatte gedacht, dass die Anonymität in der großen Stadt eine größere Bedeutung hat. Dass Gewalt, Bedrohungen und Beleidigungen auch in ländlichen Bereichen, wo man sich vermeintlich einander kennt, so verbreitet sind, wundert mich sehr.

Es gibt eine ähnliche Studie vom Roten Kreuz bezüglich des Rettungsdienstes mit leider den gleichen erschreckenden Ergebnissen - in manchen Punkten sogar schärfer, was, so glaube ich, wohl daran liegt, dass Rettungssanitäter häufig nur zu zweit oder zu dritt unterwegs sind und deshalb schneller Opfer von Gewalt, nicht nur von verbaler Gewalt, sondern auch von handgreiflicher Gewalt, werden.

Ist wirklich eine Strafverschärfung an dieser Stelle hilfreich? Herr Schepelmann hat gerade das Wort „Spinner“ benutzt. Ich bin mir nicht sicher, ob das

passt. Auf jeden Fall sind es Männer. Davon bin ich überzeugt. Offensichtlich sind es aber Personen, bei denen man eigentlich Identifikation und Verständnis erwarten sollte. Es geht nicht nur um den Respekt vor der Wahrnehmung hoheitlicher Tätigkeit. Ich finde „helfende Hände“ einen schönen Begriff. Menschen, die alles andere als feindlich gegenüber anderen Menschen sind - menschenfreundlicher kann man doch gar nicht unterwegs sein -, werden so negativ behandelt.

Erreicht man die Täter tatsächlich über die abschreckende Wirkung einer Strafe? Müssen wir nicht auch noch über andere Maßnahmen nachdenken? Ich will gar nicht dagegen sprechen, dass solche Täter bestraft werden müssen. Vielleicht fehlt aber auch die tatsächliche Praxis, dass es zur Anzeige kommen muss und das Anzeigen von den Behörden verfolgt werden müssen. Vielleicht ist es wichtiger, dass Sanktionen auch tatsächlich ausgesprochen werden, als das Strafmaß zu erhöhen. Ich würde gern von Ihnen eine Einschätzung dazu hören.

Ich bekomme sehr wohl mit - das spielt auch bei der Polizei eine immer größere Rolle -, dass eine ganze Reihe an Trainingsmaßnahmen mit den eigenen Leuten durchgeführt wird. Sind wir nicht aufgefordert, angesichts der Bedeutung, die Rettungsdienste, Rettungskräfte, Katastrophenkräfte und auch die Feuerwehren haben, für ein besseres Image zu sorgen, also nicht nur Respekt vor diesen Kräften, die hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, zu verlangen, sondern deutlich zu machen: Das sind diejenigen, die dort hingehen, von wo ihr gerade wegrennt, die dort hineingehen, wohin sich alle anderen nicht mehr trauen. - Müsste das nicht noch stärker fokussiert werden?

Karl-Heinz Banse: Der gesetzliche Rahmen ist vorhanden. Im vergangenen Jahr oder vor zwei Jahren wurde das Strafmaß bundesweit erhöht. Ich meine, dass der vorhandene Strafraum überhaupt erst mal ausgeschöpft werden muss. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht von Richter Schill sprechen; nicht dass das falsch verstanden wird. Aber es müsste auch mal ein Urteil gesprochen werden, und dieses Urteil müsste dann auch publik gemacht werden, damit deutlich wird, dass es Konsequenzen hat, wenn jemand einem Feuerwehrmann über den Fuß fährt, und es nicht mit einer Ermahnung getan ist. Das muss dann auch öffentlich werden, damit jeder im Dorf und in der Nachbarschaft mitbekommt, was geschehen ist und dass dafür auch eine Strafe ausgesprochen wurde. Das würde uns schon ein

ganzes Stück weiter bringen. Höhere Strafen bringen, glaube ich, nichts. Man müsste aber das, was man schon hat, auch mal ausnutzen.

Natürlich spielt Respekt eine große Rolle. Natürlich müssen Kampagnen gestartet werden. Das müsste vom Staat gefördert werden. Schon den Kindern in der Schule müsste beigebracht werden, was die Feuerwehren machen, was Ehrenamt ist, warum die ehrenamtlich Tätigen das machen, wie wichtig ihre Tätigkeit ist und was wäre, wenn es kein Ehrenamt gäbe. Es müsste mehr gemacht werden, als den Kindern zu sagen: „Wenn es brennt, müsst ihr 112 anrufen“, um schon den Kindern Werte zu vermitteln und ihnen deutlich zu machen, dass es Menschen mit helfenden und nicht mit schlagenden Händen gibt, und dass man diese helfenden Hände eigentlich unterstützen sollte.

Dagmar Hohls: Schon in anderem Zusammenhang habe ich nach der Nachsorge gefragt. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass sowohl Feuerwehrfrauen als auch Feuerwehrmänner nicht direkt in der Lage selbst, also etwa in einem schweren Einsatz mit Todesopfern - und dann werden sie auch noch beleidigt -, sagen: Das macht mir etwas aus. - Aber es ist bekannt, dass das immer Auswirkungen hat. Es ist eine Katastrophe, wenn das nicht wieder herauskommt. Dabei geht es nicht nur darum, Anzeige zu erstatten - das auch -, sondern auch darum, es auszusprechen, sagen zu können: Was hat das mit mir gemacht? Eigentlich traue ich mich nicht in den nächsten Einsatz. Ich muss aber in den nächsten Einsatz. Ich muss stark sein. - Es muss Stellen sowohl für Rettungssanitäter - ich weiß, dass es so etwas für Notärzte gibt - als auch für Feuerwehrleute geben, an die sie sich hinterher wenden können, und zwar so - ich will in diesem Zusammenhang gar nicht von „anonym“ sprechen -, dass nicht die gesamte Gruppe das mitbekommt - „sie oder er war wieder zu schwach und braucht wieder einen Psychotherapeuten“ -, um über das Erlebte zu sprechen. Eigentlich haben wir sogar eine Verpflichtung, so etwas im Sinne einer regelmäßigen Supervision anzubieten.

Karl-Heinz Banse: Das ist ein ganz wichtiges Thema. Wir befassen uns eigentlich schon seit Eschede mit diesem Thema. Eschede war der erste Einsatz, der die Feuerwehren an ihre Grenzen und über ihre Grenzen hinaus gebracht hat. Das Zugunglück des ICE „Wilhelm Conrad Röntgen“ war für die teilnehmenden Einsatzkräfte sehr prägend. Menschen wurden förmlich zerrissen

und zerquetscht. Ein Autounfall auf der Autobahn ist bei Weitem nicht so belastend, wie es dieser Einsatz war. Seither bauen wir bundesweit in den Feuerwehren und natürlich auch in Niedersachsen psychosoziale Notfallversorgung auf. Wir haben Teams in den Landkreisen - mittlerweile fast in jedem Landkreis -, die bei solchen Einsätzen auf die Feuerwehren, auf die Kameradinnen und Kameraden zugehen, Hilfe anbieten, Gespräche suchen. Das wird auch in Anspruch genommen.

Die Zeiten sind lange vorbei - zumindest empfinde ich das so -, in denen Feuerwehrekameradinnen oder -kameraden, die solche Hilfe in Anspruch genommen haben, hinterher belächelt wurden.

Wichtig ist das Gespräch. Wir führen die Gespräche natürlich auch in den Feuerwehren selbst. Wenn wir nach solchen Einsätzen wieder reinkommen, werden die Leute nicht sofort nach Hause geschickt. Im Augenblick ist das nicht möglich. Wegen der Pandemie müssen sie nach Hause. Nach einem Einsatz setzt man sich zusammen, trinkt eine Cola oder, meinetwegen, auch ein Bier oder einen Schnaps und spricht über den Einsatz. Wenn man darüber spricht, merkt man als Führungskraft sofort, wenn jemand anders ist als sonst. Das merkt man ihm sofort an. Wenn er in dieser Runde plötzlich ganz anders reagiert, muss eine Führungskraft mit diesem Kameraden oder dieser Kameradin sprechen und die Möglichkeiten aufzeigen.

In der Regel ist die Notfallversorgung kirchlich betreut. Pastor Waterstraat ist bundesweit einer der Herausragenden und hat dieses gesamte Thema in Gang gebracht. Man muss sich gegebenenfalls professionelle Hilfe holen, und wenn dies nicht reicht - auch das kann passieren -, geht das sogar in den ärztlichen Bereich. Auch das kann vorkommen. Wenn jemand ein posttraumatisches Erlebnis hatte und da nicht mehr herauskommt, geht es im Zweifel nur noch über Psychologen. Entsprechende Hilfe muss angeboten werden, und wir bieten sie auch an. Wir bauen das Angebot noch weiter aus.

Andere Länder sind in dieser Hinsicht ein bisschen weiter. Dort gibt es so genannte Peers. Es gibt nicht nur im kirchlichen Bereich Menschen, die entsprechend ausgebildet sind. Wir sind dabei, das Ganze zu optimieren und zu forcieren.

Abg. **Thomas Brüninghoff** (FDP): Ganz herzlichen Dank für Ihren sehr interessanten und er-

kenntnisreichen Vortrag. Meine Frage zielte in die Richtung der Frage von Frau Hohls. Die Frage hat sich mit Ihrer Antwort erledigt.

André Kwiatkowski: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass wir auch im Sport in den letzten Jahren verstärkt Gewalt gegen ehrenamtlich Tätige erleben. Insbesondere denke ich dabei an das Schiedsrichterwesen.

Ich möchte aber auch an das anknüpfen, was Herr Bajus gesagt hat. Wir haben aus mindestens drei Bereichen gehört, dass es Gewalt gegen ehrenamtlich Tätige gibt. Sie erinnern sich sicherlich an die sehr beeindruckenden Darstellungen eines Bürgermeisters. Feuerwehrkräfte werden gewalttätig angegangen. Und auch für den Sport kann ich Gewalt gegen ehrenamtlich Tätige bestätigen. Deswegen fände ich es gut, wenn wir die Auswirkungen generell auf das Ehrenamt beleuchten und der Frage nachgehen würden, ob Menschen nicht ehrenamtlich tätig werden, weil sie die Sorge haben, sich etwa beschimpfen lassen zu müssen. Das ist aus meiner Sicht die Klammer, die wir mit Maßnahmen belegen müssten. Das Auftreten von Gewalt und Pöbeleien usw. ist ein gesellschaftliches Phänomen und macht vor keinem Bereich halt. Von daher stellt sich mir die konkrete Frage, ob wir hier in der Kommission konkrete Maßnahmen finden außer zu sagen, es handelt sich um „Spinner“.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Dieser Gedanke hat sicherlich schon einige von uns beschäftigt. Vielleicht können wir das an der einen oder anderen Stelle wieder aufgreifen, um uns dessen als Kommission thematisch anzunehmen.

Dr. Florian Hartleb: Vielen Dank, Herr Banse, für Ihre Beiträge, die uns sicherlich sehr weiterhelfen und zeigen, dass sich in den Feuerwehren brennglasartig verdichtet die Herausforderungen für das Ehrenamt widerspiegeln.

Die Bedrohung gegenüber Feuerwehrkräften ist das eine. Etwas anderes ist aber die Frage der Radikalisierung von Feuerwehrleuten selber. Ich denke in diesem Zusammenhang an nicht unproblematische WhatsApp-Gruppen, in denen während der Diskussion im Herbst/Winter 2015/2016 - Stichwort: Flüchtlingskrise - radikale Inhalte gepostet wurden, sowie an die Verbreitung von Fake-News in den eigenen Kommunikationskanälen.

Mich interessiert, Herr Banse, ob es Strategien gibt, um gegen interne Radikalisierung vorzugehen. Es ist meines Erachtens ein wichtiges Thema, wenn Kommunikationskanäle wie WhatsApp von Feuerwehrleuten genutzt werden, wie ich das in meiner Heimatfeuerwehr mitbekommen habe. Über solche Dienste kann alles Mögliche eingestellt werden - nicht nur wichtige Angelegenheiten wie Termine oder Informationen zu Einsätzen, sondern auch politische Diskussionen.

Karl-Heinz Banse: Das ist ein interessantes Thema, mit dem wir uns seit Langem auseinandersetzen. Wir haben bereits vor etwa zwölf Jahren hier in Niedersachsen den „Löschangriff gegen Rechts“ gestartet, weil wir erkennen mussten, dass es Versuche gegeben hat, die Feuerwehren zu infiltrieren. Wir haben Mitglieder bekommen, die die Strukturen der Feuerwehren nutzen wollten, um ihre Doktrin zu verbreiten. Auf Deutsch gesagt: Rechte sind in die Feuerwehren gegangen und haben versucht, die Hierarchiestrukturen der Feuerwehren auszunutzen, um ihre Meinung zu verbreiten. Das konnten wir verhindern. Wir konnten sogar dazu beitragen, dass Führungskräfte abgesetzt wurden. - Nicht unbedingt in Niedersachsen, aber in unseren östlichen Nachbarländern gab es den einen oder anderen Wehrführer, der sehr weit rechts einzuordnen war. Diese wurden ihrer Funktionen enthoben.

Es gibt die Aktion „Zusammenhalt durch Teilhabe“, die durch Bundesmittel unterstützt wird. Der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen ist hier sehr aktiv tätig. In meiner Geschäftsstelle gibt es einen Mitarbeiter, der aus diesem Projekt bezahlt wird und sich aktiv darum kümmert, die Feuerwehren zu beraten. Er gibt an der Landesfeuerweherschule entsprechenden Unterricht. Wir versuchen, extreme Tendenzen, ob nun linksextreme oder rechtsextreme Tendenzen - auch islamistische Tendenzen; damit haben wir im Augenblick aber weniger Probleme -, abzuwehren.

Bei den Facebook- oder WhatsApp-Gruppen handelte sich um ein Problem - ich selbst musste das erleben, ich selbst bin auch mal unter Beschuss geraten; nach den Querelen im Deutschen Feuerwehrverband hat man mich über diese Medien sehr stark attackiert, aber glücklicherweise hat das irgendwann aufgehört -, für das wir noch kein probates Mittel gefunden haben, wie man damit umgeht. Bei der Bremer Berufsfeuerwehr gab es eine Abteilung, deren Mitglieder sich Schreiben geschickt haben, die dann auch veröffentlicht worden sind. Das hat zu personellen

Konsequenzen geführt. Auch ein Kamerad aus Niedersachsen war mit im Spiel, der in einer Freiwilligen Feuerwehr in Niedersachsen als Jugendwart tätig war. Wir haben sofort reagiert. Er ist jetzt in seiner Gemeinde, glaube ich, nicht mehr Jugendwart.

Man kann in solchen Fällen immer nur hinterher laufen. Das ist echt ein Problem. Ich weiß nicht, wie man der Sache vernünftig Herr werden kann. Man muss ja nur einmal schauen, was einige Politiker - und dann auch noch an oberster Stelle - z. B. bei Twitter behaupten können. Dem konnte ja auch niemand Einhalt gebieten.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Dieser Hinweis bezieht sich aber auf Ereignisse außerhalb Europas.

Beide Vorträge haben gezeigt, dass die Feuerwehren in Niedersachsen vor neuen Aufgaben und Herausforderungen stehen, diese identifizieren und sie auch angehen.

b) Ausführungen der Feuerwehr aus der Praxis

hier: Vortrag durch Frau Lena Ehrhardt, Fachberaterin für das Pilotprojekt „Fachbereich Familie, Beruf und Feuerwehr“ der Regionsfeuerwehr Hannover

Lena Ehrhardt: Ich bin 37 Jahre alt, verheiratet und Mutter von drei Söhnen im Alter von drei und 14 Jahren. Bereits seit 20 Jahren bin ich Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr in der Stadt Burgdorf hier in der Region Hannover und dort tätig als Stadtausbildungsleiterin. Seit einem Jahr bin ich gemeinsam mit Nadine Schuster als Kreisfrauensprecherin des Landesverbandes Niedersachsen eingesetzt und zusätzlich mit dem Pilotprojekt „Vereinbarkeit Familie, Feuerwehr und Beruf“ für die Region Hannover beauftragt.

In meiner Freizeit arbeite ich zusätzlich noch im Gesundheitswesen. Das macht letztendlich den Tag voll.

Vor 20 Jahren war die Position der Frauen in der Feuerwehr alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Hoffte man damals still und heimlich „die hält sich ja doch nicht“, gewann man damals sogar noch seine Wahl zum Leiter einer Feuerwehr mit der Aussage: Solange ich hier Chef bin, wird es in meiner Feuerwehr keine Frauen geben.

Heute sind Frauen ein fester Bestandteil und aus den Freiwilligen Feuerwehren sowie aus den Berufsfeuerwehren nicht mehr wegzudenken. Tatsächlich hat durch die meist ortsnahe Berufsausübung der Frauen die Tagesbereitschaft im Einsatzfall einen ganz anderen Stellenwert. Sie nimmt einen immer höheren Stellenwert ein. Natürlich sind wir Frauen auch gewillt, diesen zu erfüllen.

Gleichzeitig zeigte sich, dass die Ausübung eines so wichtigen Ehrenamtes immer schwieriger geworden ist. Der demographische Wandel macht auch vor Ehrenämtern nicht halt. Um die Freiwilligen Feuerwehren mit ihrer jetzigen Handlungsfähigkeit zu erhalten oder sogar zu verbessern, bedarf es der Vereinbarkeit; der Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt und natürlich auch von Beruf und Ehrenamt. Das Zusammenspiel von Beruf und Familie mit den Ihnen hinlänglich bekannten Problemen und Herausforderungen verlangt von vielen Familien auch ohne Ehrenamt große Kraftanstrengungen. So steht außer Frage, dass die Vereinbarkeit mit dem Ehrenamt eine viel größere Bedeutung bekommen muss.

Aufgrund dieser Tatsache wurde im November 2019 in der Region Hannover das Pilotprojekt „Vereinbarkeit Familie, Feuerwehr und Beruf“ gestartet; mit dem Ziel, Problemstellen und Herausforderungen zu erkennen sowie aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten und letztendlich Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Ich kann Ihnen sagen: Das war bisher eine meiner größten Herausforderungen.

Eine der Problemstellen begegnet uns gleich am Anfang, beim Eintritt in die Freiwillige Feuerwehr. Die von Ihnen diskutierte Rushhour des Lebens zwischen dem 25. und dem 40. Lebensjahr muss ich tatsächlich etwas korrigieren. Tatsächlich beginnt sie in der Freiwilligen Feuerwehr bereits mit ca. 16 Jahren mit dem Eintritt bzw. mit dem Übertritt von der Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung. Voraussetzung für die Teilnahme an Einsatzdiensten ist nämlich das Absolvieren einer Basisausbildung, nämlich der sogenannten Truppmannausbildung Teil 1. Die Verantwortung liegt in der Regel bei den einzelnen Kommunen. Sie wird an die Kommunen abgegeben und dort nach einem festen Lehrplan, nach einem sehr starren Lehrplan, allerdings in den unterschiedlichsten Seminarformen angeboten.

Ich selbst bin in der Ausbildung tätig. Es gibt Vollzeitausbildung, es gibt Teilzeitausbildung, es gibt Lehrgänge, die über sechs Wochen gehen, es gibt Lehrgänge, die über fünf Wochen gehen. Es gibt Lehrgänge, die abends stattfinden. Andere Lehrgänge finden an Wochenenden statt. Es gibt keine einheitliche Regelung.

Je nach Bedarf wird eine solche Basisausbildung einmal im Jahr oder auch öfter angeboten. Bevor überhaupt ein Feuerwehrmannanwärter oder eine Anwärterin einen solchen Lehrgang machen kann, muss das 16. Lebensjahr erreicht sein. Das kann durchaus ein Problem sein. Ist das 16. Lebensjahr nämlich nicht erreicht, muss der oder die Betreffende im schlimmsten Fall ein Jahr warten, weil die Ausbildung erst im Jahr darauf wieder angeboten wird. Dann wird es für den Jugendlichen mit 16+ ziemlich eng. Dann kommen nämlich Faktoren wie Abschlussklausuren in den Schulen, Abiturprüfungen, der Führerschein mit 17 - ein ganz heißes Thema -, der Eintritt in den Beruf oder das Studium hinzu. Die Betreffenden stehen unter Vollstress, und am Ende bleibt für das Ehrenamt kein Platz mehr, zumal wenn die Eltern sagen: erst die Schule, dann der Beruf, vorher aber gar nichts.

Eine solche Situation macht sogar die beste Jugendarbeit zunichte. Wir haben super Jugendarbeit, aber da klappen uns die Jugendlichen herunter und sind einfach weg.

Wenn es gut läuft, kommen sie als sogenannte Quereinsteiger mit Vorwissen zurück. Quereinsteiger sind Personen, die nicht den Regelübergang mit 16 Jahren in die Feuerwehr suchen, sondern ungefähr um die Lebenszeitmitte herum - die Lebenszeitmitte liegt im Moment ungefähr beim 42. Lebensjahr - in die Feuerwehr eintreten. Eine tolle Entwicklung ist - früher wurde das immer wieder kritisiert -, dass der Anteil der Quereinsteiger immer höher wird. Grund ist, dass die Betreffenden beruflich dann schon etwas sesshafter geworden sind und die Werbeveranstaltungen - Tage der offenen Tür, „Ja zur Feuerwehr“ - erfolgreich sind.

Ein Problem wird es sein, die Basisausbildung in den beruflichen Terminkalender einzubauen. Ich mache seit 15 Jahren Basisausbildung und kenne viele Arbeitszeitmodelle. Das eine ist schwieriger als das andere, und tatsächlich sind die Arbeitszeitmodelle mit unseren Seminarmodellen häufig nicht kompatibel. Häufig funktioniert das nicht. Man kann noch so motiviert sein und noch so vie-

le Kampagnen machen. Das alles hilft nicht, wenn die Betreffenden nicht zu uns in die Ausbildung kommen.

Wichtig bei den Menschen, die solch interessante Arbeitszeitmodelle haben, ist, dass sie unsere Einsatzbereitschaft während der Regelarbeitszeiten zwischen 8 und 16 Uhr abdecken, wenn andere nicht die Möglichkeit haben, uns zu unterstützen.

Im Anschluss an die Basisausbildung folgen Pflichtunterweisungen, Weiterbildungen und Qualifizierungen. Eine voll umfängliche Ausbildung zum - so nenne ich das mal - Standardfeuerwehrmann oder zur Standardfeuerwehrfrau dauert in der Regel durchaus schon mal fünf Jahre. Auch im Anschluss ist ein Feuerwehrmitglied natürlich verpflichtet, sich weiterzubilden. Dazu besteht die Pflicht. Ich hatte die Zahl von 40 Stunden vor Augen. Herr Banse erwähnte 80 Stunden. 40 Stunden im Jahr - das ist viel; 80 Stunden sind natürlich mehr - ist eine Feuerwehrfrau bzw. ein Feuerwehrmann verpflichtet, qualifizierten Ausbildungsdienst zu absolvieren. Das sagt das Gesetz, und das ist auch gut so. Denn die Freiwillige Feuerwehr hat eine große Verantwortung in der Ausübung der ihnen übertragenen Pflichten: retten, löschen, bergen.

Die Ausbildung in der Feuerwehr ist ein stetig fortlaufender Prozess mit hohen Praxisanteilen, der in der Regel nichts mit üblichen Tätigkeiten in unseren zivilen Berufen zu tun hat. Zugleich ist die Umsetzung im realen Einsatzgeschehen mit einem enormen Zeitdruck verbunden. Das erfordert konditionierte und standardisierte Abläufe. Hinzu kommen die Einsatzzahlen, die je nach Ausstattung und übertragener Verantwortung der einzelnen Feuerwehren mit „einmal im Monat“ oder „zwei-, drei- oder auch viermal pro Kalendertag“ zu beziffern sind.

Kurz und knapp: Feuerwehr bedeutet sehr, sehr viel Arbeit und einen enormen Zeitaufwand.

Dieser Zeitaufwand steht in Konkurrenz mit dem Familienleben. Das moderne Familienkonzept und die Berufstätigkeit beider Elternteile bei nicht ausreichender oder sogar fehlender Kinderbetreuung lassen nicht viel Raum für das Ehrenamt. Die Möglichkeit zur Teilnahme an Übungs- und Ausbildungsdiensten ist eingeschränkt. Einsatzdienste, bei denen die Rüstzeit weniger als zehn Minuten beträgt, sind für Eltern mit kleinen Kindern oftmals unmöglich.

Die späte Familiengründung ist heute keine Seltenheit mehr, sodass Betreuungskapazitäten durch die Großeltern aus Altersgründen oft wegfallen oder infolge fehlender Betreuungsplätze schon lange verbraucht sind.

Es ist auch keine Seltenheit mehr, dass sich Familienkonzepte schlagartig ändern. Der Wegfall eines Elternteils ist dabei die geringste Sorge. Der Eintritt von Pflegebedürftigkeit bei Kindern und Erwachsenen stellt die Vereinbarkeit mit dem Ehrenamt vor kaum lösbare Herausforderungen.

In den Familienhochphasen, also bei Familien mit Kindern unter zehn Jahren, ist es gerade für Frauen besonders schwierig, Qualifikations- und Führungslehrgänge an den Feuerweherschulen zu absolvieren. Solche Lehrgänge dauern in der Regel jeweils etwa eine Woche, manches Mal auch zwei Wochen, je nachdem, welchen Weg man tatsächlich geht. Das bedingt längere Abwesenheiten, die mit dem Lebenspartner vereinbart werden müssen. Es gibt zwar bei der Landesfeuerweherschule ein Familienzimmer. Das ist eine super Sache. Das haben die Kreisfrauensprecherinnen, zu denen auch ich gehöre, ins Leben gerufen. Wenn ich als Frau im Unterricht sitze, ist mein Kind im Familienzimmer noch immer nicht so wirklich betreut. Das heißt, ich muss jemanden mitbringen, der irgendwie freigestellt werden muss. Eine solche Freistellung ist derzeit aber nicht geregelt; es sei denn, Sie können mir eine andere Auskunft geben. Zukünftig muss mehr berücksichtigt werden, dass nicht nur die betreffende Person freigestellt werden muss, sondern auch eine Betreuungsperson. In dem Augenblick muss Betreuung möglich sein.

Heute ist schon der steigende Verwaltungsaufwand angesprochen worden. Wir haben Feuerwehrverwaltungsprogramme. Wir haben Mitgliederverwaltung. Wir haben Einsatzdokumentationen. Das verlangt Führungskräften enorm viel ab.

Parallel dazu haben wir, ebenso wie im zivilen Leben, den digitalen bzw. den technischen Fortschritt. Auch der Ausbildungsaufwand - sowohl bezogen auf die Vorbereitung als auch auf die Durchführung - ist dadurch angestiegen. Wir müssen uns mit Arbeitssicherheits- und Hygienekonzepten sowie mit Qualitätssicherung befassen. Das findet neben der Familie, neben dem Beruf und zusätzlich zu den Übungs- und Einsatzdiensten statt. Der Fokus liegt also nicht mehr allein darauf, an den Diensten teilzunehmen, sondern wir müssen uns auch weiterbilden. Das

sind noch einmal mindestens 80 Stunden oben drauf, wenn das denn ausreicht.

Nicht selten sitzen die Führungskräfte bis in die späten Abendstunden - das ist unser Home-Office - und setzen sich mit diesen Konzepten auseinander oder organisieren. Hinzu kommen Besprechungen und Ausschusssitzungen. Diejenigen, die für die Planung eines Feuerwehrfahrzeuges zuständig sind, was eigentlich nicht deren Aufgabe sein kann, binden sich damit unheimlich viel Zeit ans Bein.

Die Umsetzung der genannten zusätzlichen Verwaltungsaufgaben und die Bedienung der dazugehörigen Programme, wie FeuerOn, findet im Selbststudium statt. Vereinzelt gibt es Möglichkeiten, an Seminaren teilzunehmen. Insbesondere zu Zeiten von Corona sind diese Möglichkeiten aber einfach zu gering. Man wurschtelt an einer Grundlage herum, die doch eigentlich Erleichterung schaffen soll.

Die übertragene Verantwortung ist in den letzten Jahren tatsächlich exponentiell gestiegen und konfrontiert uns qualifizierten Feuerwehrmitglieder mit einem Vereinbarkeitsproblem erster Güte. Unsere Aufgabe soll eigentlich „löschen, retten, bergen“ sein. Das ist das, was wir machen wollen, und das reicht auch schon.

Man übernimmt eine Führungsaufgabe für einen gewissen Zeitraum. In der Regel sind dies drei bis sechs Jahre. Diese Führungsaufgaben werden nach Ablauf dieses Zeitraums häufig nicht weitergeführt, oder man bittet, weil man nicht mehr kann, um vorzeitige Ablösung.

Neue Führungskräfte sind dann schwer zu motivieren, und die Altersstruktur der eingesetzten Führungskräfte geht immer weiter nach unten.

Die Qualifikation der jungen Einsatzkräfte um 20 Lebensjahre herum, die dann in die Verantwortung gezogen werden, soll nicht infrage gestellt werden - ganz und gar nicht! -, aber inzwischen sollte deutlich geworden sein, dass diese jungen Erwachsenen vor einer katastrophalen Aufgabe stehen. Der Begriff „Feuerwehr-Burnout“ wird uns zukünftig begleiten.

Nüchtern betrachtet, stellt sich die Frage, warum man sich so etwas überhaupt antut. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir die Antwort auf diese Frage in der Betrachtung eines Mehrwertes sehen müssen. Welchen Vorteil habe ich persönlich, für meine Person, wenn ich mich die-

sen Herausforderungen, den Pflichten, dem gesamten Strudel stelle?

Noch zu Beginn meiner Feuerwehrkarriere ging es um die Pflichterfüllung, dem Gemeinwohl zu dienen. Sicherlich war damals die Anrechnung der Feuerwehrdienstzeit als Wehrdienstersatz nicht uninteressant. Heute steht der persönliche und teilweise sogar materielle Mehrwert im Vordergrund der Gesellschaft.

Wir haben mal nachgefragt: Was bringt dir die Feuerwehr als Mehrwert? - Als Mehrwert der Wahrnehmung dieses Ehrenamtes werden oftmals die sozialen Kontakte genannt, das technische Interesse und vor allem auch die soziale Gleichheit, Wertschätzung sowie - ein ganz toller Punkt - Steigerung der körperlichen Fitness und - auch das finde ich ganz interessant - der Ausstieg aus dem Alltag.

„Ausstieg aus dem Alltag“ bedeutet vielleicht auch: Wenn man eine nervige Schwiegermutter hat, ist es unglaublich toll, wenn morgens um 8 Uhr ein Alarm reinkommt, mittags um zwölf ein qualifizierter Alarm reinkommt und abends um 18 Uhr ein Alarm reinkommt.

(Heiterkeit)

Denken Sie an die notfallmäßige Türöffnung. Haben Sie ein Problem mit Ihrer Schwiegermutter, dann kommen Sie in die Feuerwehr! Notfallmäßige Türöffnung ist ein Thema. Dreimal täglich, regelmäßig!

Natürlich gibt es auch Kindheitsträumer, die einfach Bock auf Feuerwehr haben, die immer schon ein großes rotes Auto fahren wollten. Es gibt aber auch diejenigen, wie mich damals, die eine Chance sehen, sich in der Feuerwehr persönlich zu entwickeln.

Tatsächlich gibt es auch einen indirekten materiellen Mehrwert. Das sind die Schutzbekleidung - Schutz im Einsatz - und die Feuerwehr-Unfallversicherung. Wir sind im Einsatz geschützt. Das finde ich gut. Für uns wird gesorgt; auch in Form psychosozialer Unterstützung. Das ist ein indirekter materieller Mehrwert.

Leider ist es schwieriger geworden, diesen Mehrwert in ein gesundes Verhältnis zum Ausübungsaufwand zu stellen. Ehrenämter mit deutlich weniger Zeitaufwand und Verantwortung stellen eine zunehmend attraktive Konkurrenz dar. Immer öfter stehen wir vor dem Problem: Der Eintritt in die

und der Austritt aus der Feuerwehr ist freiwillig. Alles andere ist Pflicht. Insbesondere wenn beide Elternteile in der Feuerwehr aktiv sind - solche Fälle gibt es immer mehr, gleiche Interessen gesellen sich nun einmal gern zueinander, auch ich komme aus einer Feuerwehrfamilie -, ist ein Mehrwert im Verhältnis zur Pflichterfüllung nicht vorhanden. Getrieben vom Idealismus opfert man seine Freizeit und sogar weit darüber hinaus.

Der Ungerechtigkeitsgedanke - das ist im Moment dominierend - ist sehr groß. Die Tugend, etwas umsonst zu tun, ist nicht mehr zeitgemäß. Dafür müssen Lösungen her.

Leider muss ich Ihnen sagen, dass ich Ihnen keine vollumfängliche Lösung anzubieten habe. Lösungsansätze rein materieller Natur haben in der Vergangenheit gezeigt, dass damit nur temporär eine Verbesserung der Motivation zu erreichen ist.

Zufriedenheit durch Vergütung jeglicher Arbeitsumfänge widerspricht sich mit der Ehrenamtlichkeit und sollte tatsächlich nicht das Ziel sein. Aber es müssen Strukturen und Ansprüche geschaffen werden, die wieder Leichtigkeit in das Ehrenamt bringen. Die Teilnahme an Einsatz- und Übungsdiensten trotz Familie, pflegerischer Tätigkeit und Beruf muss unterstützt werden. Dafür gibt es Möglichkeiten. Nicht nur der Anspruch auf Betreuung muss ausgeweitet werden, sondern - das ist das Wichtigere - es müssen Anlaufstellen geschaffen werden. Der beste Anspruch nützt nichts, wenn man ihn nicht greifen kann.

Der Dialog zwischen Arbeitgeber und Ehrenamt muss meiner Meinung nach immer noch verbessert werden. Es besteht der gesetzliche Anspruch auf Freistellung für Aus- und Fortbildung, für die der Arbeitgeber Entschädigung der Lohnfortzahlung bekommt. Aber tatsächlich sehe ich selten in den Gesichtern der Arbeitgeber Begeisterung. Meist trifft dies auf kleinere Unternehmen zu, die den Wegfall der Arbeitskraft mit viel höheren Umsatzeinbußen verbinden als die Zahlung des Gehalts.

Eine sehr beängstigende Entwicklung ist die Bereitschaft zu Gewalt gegenüber Einsatzkräften. Hier brauchen wir tatsächlich mehr Schutz. Es kann nicht sein, dass eine Einsatzkraft von einem cholerischen Autofahrer angefahren wird und wegen einer kleinen Beule in der Motorhaube, die dadurch entstanden ist, wegen Sachbeschädigung angezeigt wird.

In diesem Fall lief das Verfahren anderthalb Jahre - bis an das Oberlandesgericht! Die Anzeige - das ist das, was ich sehr bedauerlich finde - wegen Körperverletzung des Feuerwehrmitgliedes gegen den Autofahrer wurde sofort eingestellt. Das ist doch Irrsinn!

Noch mal zur Verdeutlichung der Brisanz dieser Situation: Wäre es zu einer Verurteilung des Feuerwehrmitgliedes gekommen, hätte dieses sein Amt als damals stellvertretender Ortsbrandmeister im Ehrenamtsverhältnis wahrscheinlich nicht mehr fortführen dürfen.

Wo finden wir hier den Mehrwert? - Ich kann Ihnen sagen, dass dieser Mensch nicht mehr seine Führungsaufgabe wahrnimmt.

Eine besondere Situation ist die Corona-Pandemie. Corona hat vieles anders gemacht, aber - das betone ich - nicht alles schlechter. Leider nimmt uns die Pandemie jegliche Grundlage, einen nicht materiellen Mehrwert zu generieren. Soziale Kontakte finden derzeit nicht statt. Der Austausch zwischen den Generationen findet nicht statt. Das, was den Mehrwert ausmacht, haben wir im Moment nicht. Das ist für uns nicht greifbar.

Auch die Einsatzzahlen sind gesunken, was natürlich zunächst einmal eine grundsätzlich positive Entwicklung darstellt. Dennoch kann das Wenige, was uns noch erlaubt ist, derzeit keinen Mehrwert für uns bilden.

Ein Glücksfall ist der Einzug der digitalen Ausbildung. Corona hat die Ausbildung in dieser Richtung grundlegend reformiert. Leider empfindet man den Einzug der digitalen Ausbildung so, als würde man die Altherrenmannschaft von Klein Kleckersdorf gegen die U-20-Mannschaft des FC Bayern antreten lassen. Das zwingt gerade uns alten Feuerwehrmitglieder in die Knie.

Schaffen wir es zukünftig nicht, das Verhältnis zwischen Mehrwert und Pflichterfüllung wieder in ein ertragbares Gleichgewicht zu bringen, wird die Pandemie das Fortschreiten des Zerfalls - das nenne ich bewusst so - des Ehrenamts viel schneller fördern, als uns allen lieb ist.

Es muss tatsächlich gehandelt werden. Ich bitte Sie, bei jeder Überlegung im Hinterkopf zu haben, dass es zu keiner weiteren Belastung im Bereich der Verwaltung kommen darf.

Auch die Einführung einer Frauenquote - das klingt erst einmal vielleicht ein wenig komisch - in den Führungsbereichen ist von uns Frauen nicht gewollt. Wenn wir führen wollen, dann tun wir das auch; und zwar auf eigenen Wunsch. Aber schaffen Sie Grundlagen, damit es Frauen schaffen können - trotz Familie, trotz Beruf!

Passende Schutzkleidung für Frauen ist ein materieller Wunsch. Die Hersteller müssen in die Pflicht genommen werden, dies zu berücksichtigen. Nicht passende Schutzkleidung funktioniert einfach nicht; bei Frauen ebenso wenig wie bei Männern.

Letztendlich brauchen wir, um das Engagement wieder zu steigern, mehr Schutz, Fürsorge und tatsächlich auch Anerkennung. Denn nur so bleibt das Ehrenamt erhalten. Die Feuerwehr sollte uns auch zukünftig lieb sein, denn teuer ist sie von ganz allein. Dann sind wir weiterhin 24 Stunden an 7 Tagen die Woche für Sie da.

Karl-Heinz Banse: Vielen Dank für die Ergänzung meines Vortrages. Ich finde es toll, dass eine junge Kameradin aus der Region Hannover, Ausbildungsleiterin, Frauensprecherin, zu uns in die Kommission gekommen ist. Sie hat das toll gemacht; etwas detaillierter, als ich es getan habe. Ich bin stolz darauf, dass wir solche Mitglieder in den Feuerwehren haben.

Abg. **Jörn Schepelmann (CDU):** Es war sehr beeindruckend, aus der Praxis zu hören, wo Probleme liegen. Besonders gut fand ich die konkreten Hinweise, was man ändern könnte.

Sie haben die Truppmann-1-Ausbildung angesprochen, die wirklich ein großes Problem darstellen kann. Sechs Wochen Zeit gerade in der Rushhour des Lebens hat nicht jeder. Gibt es bereits konkrete Ideen, gibt es Vorschläge, wie man hier zu Änderungen kommen kann?

Besteht ein Grund für die womöglich abnehmende Bereitschaft, in der Feuerwehr tätig zu werden, vielleicht auch in der Angebotsfülle? Herr Banse hatte vorhin gesagt, dass es Orte gibt, in denen die Feuerwehr mittlerweile der einzige Verein ist. Entweder man geht dort zu Feuerwehr oder ist nirgends aktiv. Es gibt aber auch Orte - insbesondere gilt dies für die Städte -, in denen das Angebot weitaus größer ist. Ist das dann eine zu starke Konkurrenz für die Feuerwehr, oder spielt das nicht zwingend eine Rolle?

Lena Ehrhardt: Im Zusammenhang mit der Truppmann-1-Ausbildung besteht die größte Herausforderung in der Tat darin, dass man seit Jahren den alten Trott verfolgt. Man hat feste Strukturen, weil man natürlich an einen Rahmenplan gebunden ist. Dieser Rahmenplan wird in einer Dienstvorschrift, der FwDV 2, geregelt. Ich weiß, dass diese Dienstvorschrift überarbeitet wird. Ich weiß aber nicht, wie lange tatsächlich schon daran gearbeitet wird. Das ist vielleicht so ähnlich wie beim Digitalfunk. Er sollte im Jahr 2000 verfügbar sein. Jetzt fangen wir gerade damit an.

Frau Schuster und ich haben das diskutiert. Ich habe das in meiner weiblichen Dominanz einfach gemacht. Ich bin hier in der Region lange Zeit als Stadtausbildungsleiterin allein gewesen. Ich bin immer bestrebt, etwas zu verbessern. Wir haben im vergangenen Jahr diesen Sechs-Wochen-Ablauf einfach in die Tonne geklopft, um das mal auf den Punkt zu bringen. Wir haben das Ganze auf einen Zeitraum von 14 Tagen - knapp 15 Tagen - zusammengestaucht. Der größte Theorieanteil hat digital stattgefunden. Dabei hat uns Corona geholfen. Anderenfalls hätte das kaum jemand gewollt. Wir haben das einfach gemacht. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich war von der Resonanz total überrascht. Wir haben mit diesem Lehrgang einen Personenkreis erreichen können, den wir zuvor aus beruflichen Gründen nicht erreichen konnten. Dabei geht es z. B. um Personen, die nicht vor Ort arbeiten, die Dienstreisen machen müssen, andere Arbeitszeiten haben, und auch um Familienväter und auch Mütter.

Zum Schluss machen wir immer eine große Feedbackrunde. Dabei haben wir Aussagen bekommen wie: Es ist für mich kein Problem, eine Dienstreise mal zwei Wochen umzuorganisieren. Das kann ich auch mit der Familie gut vereinbaren. Aber sechs Wochen hätte ich nicht geschafft.

Das hat uns verdeutlicht, dass wir die Ausbildungsform verengen müssen oder dass wir zumindest für diesen Personenkreis eine Alternative der hybriden Ausbildung anbieten müssen - und wenn es nur 40 oder 60 Plätze dafür im Jahr gibt -, damit auch alleinerziehende Mütter oder alleinerziehende Väter teilnehmen können. Dann kann ein Ausstieg aus dem Alltag stattfinden, und dies ist im Moment tatsächlich einer der größten Mehrwerte der Tätigkeit in der Feuerwehr, dass man einfach mal von dem abschalten kann, was man sonst so macht. Das ist positiver Stress! Das funktioniert!

Karl-Heinz Banse: Der Umfang der Truppmann-1-Ausbildung ist verpflichtend. Wir können es uns nicht erlauben, eine abgespeckte Ausbildung durchzuführen, nur damit die Teilnehmer die Ausbildung schaffen können. Der Umfang ist vorgegeben und muss eingehalten werden. Dort werden Menschen ausgebildet, um hinterher anderen zu helfen. Da muss jeder Handgriff sitzen.

Die Art und Weise der Ausbildung ist reformbedürftig. Auch ich betrachte die virtuelle Ausbildung, die derzeit läuft, und auch die Hybridausbildung durchaus als positiv. Ich weiß aber auch, dass es viele Menschen und auch viele Feuerwehrkameraden gibt, die damit nicht klarkommen.

Wir haben jetzt erste Lehrgänge an der Landesfeuerwehrschule - Zugführer 1 und Gruppenführer 1 - durchgeführt. Es gibt Teilnehmer, die abgesprungen sind, weil sie eine solche Ausbildung einfach nicht zuhause vor dem Bildschirm ohne Kontakt zur Lehrkraft absolvieren können. Nicht jeder ist dafür geeignet. Aber es gibt viele Leute, die gut damit klarkommen. Ich finde es gut, wenn man beides anbietet.

Hybride Lehrgänge sind sicherlich ein wenig die Zukunft. Zugführer Teil 2 und Gruppenführer Teil 2 müssen dann zwangsläufig in Präsenzlehrgängen durchgeführt werden. Denn dabei geht es um technische Anwendungen und um Anwendungen mit der Hand. Man muss Lagebeurteilungen vornehmen. Das wäre also ein hybrides Modell.

Die Gruppenführerlehrgänge sollen übrigens jetzt das gesamte Jahr so laufen: Der erste Teil in virtueller Form und der zweite Teil in praktischer Form.

Die FwDV 2 befindet sich in der Tat in Überarbeitung. Das Ganze ist, auch Corona geschuldet, ein wenig ins Stocken geraten. Der Leiter der - ehemals - NABK, Oliver Moravec, ist Leiter der Gruppe, die die FwDV 2 überarbeitet. Inhalte der neuen DV 2 werden die virtuelle und die hybride Ausbildung sein. Es geht verstärkt in diese Richtung, soviel kann ich schon sagen, soweit habe ich Einblick in dieses Thema. Wir versuchen schon, uns zu modernisieren.

Ich weiß, dass es schwierig ist, von jungen Leuten mit 17 Jahren, wenn sie gerade den Führerschein machen, wenn sie gerade in der Ausbildung sind, zu verlangen, sechs Wochen lang jeden Samstag in der feuerwehrtechnischen Zent-

rale oder in der Gemeindefeuerwehr die Truppmann-1-Ausbildung zu machen. Der normale Dienst kommt noch dazu. Er fällt nicht weg. Das gibt Probleme.

Man muss Modelle entwickeln. Dafür habt ihr hier in der Region verschiedene Variationen ausgearbeitet. Das finde ich sehr gut. Wir müssen im Ganzen flexibler werden. Wir müssen moderner werden. Dabei bringt uns die virtuelle Geschichte weiter.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Das ist eine spannende Entwicklung. Die Pandemie hat nicht nur im ehrenamtlichen Bereich, sondern auch im hauptamtlichen Bereich, im beruflichen Bereich unser gesamtes Leben - in die eine Richtung wie auch in die andere - verändert. Die Pandemie wird auch, was Wissensvermittlung im weitesten Sinne betrifft, auch was die Durchführung von Konferenzen und das Miteinanderarbeiten angeht, zu Veränderungen führen.

Ich glaube, man ist gut beraten, über solche aktiven Ausbilderinnen und Ausbilder zu verfügen, die gute Ideen entwickeln.

Karl-Heinz Banse: Die Frage nach dem Wettbewerb ist noch offengeblieben. Wir scheuen den Wettbewerb nicht. Es ist nicht so, dass es dort, wo ein großes Angebot besteht, nur kleine Feuerwehren gibt. Entweder man geht zur Feuerwehr oder spielt Fußball? Letztendlich wird sich die Feuerwehr durchsetzen.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Frau Ehrhardt, ich darf mich bei Ihnen bedanken. Mir ist nicht um die Zukunft bange, wenn ich solche enthusiastischen, klugen Menschen sehe, die sich ehrenamtlich einbringen.

Vielen Dank, dass Sie uns auch einen Forderungskatalog näher gebracht haben. Wir werden das in unsere Arbeit einfließen lassen. Bitte bleiben Sie weiterhin ehrenamtlich tätig, bleiben Sie bitte weiterhin engagiert. Ihnen persönlich alles Gute. Kommen Sie immer wieder gesund nachhause!

*

Die **Kommission** kam überein, dem Innenausschuss einen Auszug aus der Niederschrift über die heutige Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt für die Beratungen zur Änderung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes zuzuleiten.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD): Wies darauf hin, dass die beschlossene Verlängerung des Zeitfensters für die Arbeit der Kommission Gelegenheit gebe, den externen Sachverständigen zusätzlich zu den Anhörungen, auf die sich die Kommission verständigt habe, die Möglichkeit einzuräumen, die Verbände, die sie in der Kommission vertreten, sowie deren Besonderheiten und Problemlagen darzustellen. - Widerspruch erhob sich nicht.

Vors. Abg. **Petra Tiemann** (SPD) bat die externen Sachverständigen für den Fall, dass von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden soll, zwecks Terminplanung um entsprechende Rückmeldung an sie oder die Landtagsverwaltung.

Tagesordnungspunkt 2:

Fortsetzung der Auswertung eingegangener Stellungnahmen der schriftlichen Anhörung zu Ziffer 4 des Einsetzungsbeschlusses (Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes)

Die **Kommission** setzte auf der Basis der von der wissenschaftlichen Begleitung erarbeiteten Übersicht die Auswertung eingegangener Stellungnahmen fort.

Ziffer 14.3 - Gleichstellungsbeauftragte als Hauptamt

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) betonte, dass seine Fraktion diese Ziffer als kritisch beurteile. Ihres Erachtens sollte es bei der bisherigen Regelung bleiben, wonach die Gleichstellungsbeauftragten der Gemeinden und Samtgemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, der Landkreise und der Region Hannover hauptberuflich mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit zu beschäftigen seien. Eine Regelung, mit der kleinere Kommunen zur Beschäftigung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten verpflichtet würden, sei nicht notwendig, der Sache nicht zuträglich und würde im Übrigen Konnexität auslösen.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD) gab zu bedenken, dass erst in der vergangenen Legislaturperiode eine umfassendere Reform des Kommunalverfassungsrechts erfolgt sei, in deren Rahmen auch hinsichtlich der Beschäftigung hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragter Anpassungen vorgenommen worden seien. An diesen Regelungen wolle auch die SPD-Fraktion festhalten.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) merkte an, aus der Sicht seiner Fraktion wäre eine Umsetzung der Ziffer 14.3 auf jeden Fall wünschenswert. Allerdings sei dies keine Maßnahme, die derzeit vorrangig zu finanzieren wäre. Insofern sehe sie dies als wünschenswert, derzeit aber nicht realisierbare Maßnahme an.

Ziffer 14.6 - das Bewusstsein für die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements von Frauen stärken, z.B. durch: - Vielfalt und volkswirtschaftliche Bedeutung von Frauen im Ehrenamt in der Öffentlichkeit sichtbar machen, in den Medien durch regelmäßige Formate in

Print- und Onlinemedien aber auch in Evaluationen, Forschung und Statistik

Abg. **Bernd Lynack** (SPD) sprach sich dafür aus, diese Ziffer im Zusammenhang mit dem Abschlussbericht, nicht aber als spezielles Problem im Zusammenhang mit dem kommunalen Mandat zu diskutieren. - Widerspruch erhob sich nicht.

*Ziffer 15.3 - im Arbeitsleben sollten für ehrenamtlich Tätige dieselben Regelungen gelten wie für schwerbehinderte Mitarbeiter, so müssen für sie besondere Urlaubsregelungen und ein besonderer Kündigungsschutz gelten; Arbeitgeber*innen sollten bei ihrer Einstellung Lohnkostenzuschüsse aus Steuergeldern erhalten (Vorschlag Landesfrauenrat, gilt für Ehrenamt allg.)*

Vors. **Abg. Petra Tiemann** (SPD) wies darauf hin, dass die Kommission übereingekommen war, diese Ziffer im Zusammenhang mit dem Abschlussbericht zu diskutieren

Abg. **Jörn Schepelmann** (CDU) meinte, aus seiner Sicht spreche nichts dagegen, die Diskussion zu dieser Ziffer im Zusammenhang mit dem Abschlussbericht wieder aufzunehmen.

Allerdings erachte er es als außerordentlich schwierig, ehrenamtlich Tätige in irgendeiner Art und Weise mit schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gleichzusetzen.

Ehrenamtlich Tätige in der Kommunalpolitik genießen bereits umfassenden Kündigungsschutz. Weder seien Regelungen darüber hinaus notwendig, noch sei die Formulierung der Ziffer 15.3 glücklich. Von daher tendiere er dazu, diese Ziffer abzulehnen.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) bestätigte, dass das Kommunalverfassungsrecht bereits Schutzregelungen enthalte. Von daher spreche er sich dafür aus, die Ziffer 15.3 im Zusammenhang mit dem Abschlussbericht zu erörtern. In der Tat sei die Formulierung etwas unglücklich. Aber sie zielen auf einen gewissen Schutz, und hierüber könne sicherlich diskutiert werden.

Abg. **Bernd Lynack** (SPD) schloss sich dem an.

Ziffer 15.4 - ein Rechtsanspruch auf Homeoffice muss eingeführt werden, damit feste Anwesen-

heitszeiten im Beruf ein Ehrenamt nicht verhindern (5.3 und 17.2)

Ziffer - 17.2 - Rechtsanspruch auf Homeoffice

Vors. **Abg. Petra Tiemann** (SPD) verwies zu diesen beiden Ziffern auf die Beratungen zur Ziffer 5.3.

Die Vorsitzende wies sodann darauf hin, dass die Kommission in früheren Sitzungen das Innenministerium um rechtliche Einschätzungen zu einzelnen Forderungspunkten gebeten hatte.

Diese rechtlichen Bewertungen lägen zum Teil vor, zum Teil fehlten sie allerdings noch.

Die **Kommission** bat das Innenministerium für die Beratung des Zwischenberichts diesbezüglich um kurze rechtliche Bewertungen.

Tagesordnungspunkt 3:

Anmerkungen der wissenschaftlichen Begleitung

Die **Kommission** setzte diesen Punkt von der Tagesordnung ab.



Enquetekommission 2021

Niedersächsischer Landtag

26. Februar 2021



Niedersachsen stellt sich den Herausforderungen



der Zukunft zur Sicherstellung des Brandschutzes!

- Der Blick zurück ...
- Die Gegenwart ...
- Die Entwicklungen von morgen ...



Im Ergebnis wurde festgestellt, dass unter Berücksichtigung des demografischen Wandels

1. die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Feuerwehren langfristig gefährdet sind und
2. die Einsatzhäufigkeit und die täglichen Belastungen an die Einsatzkräfte nicht proportional zur Bevölkerungsentwicklung zurückgehen werden. Im Gegenteil, die quantitativen und qualitativen Anforderungen werden in den Städten und Gemeinden signifikant kontinuierlich steigen.



Anzahl der Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen



2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019

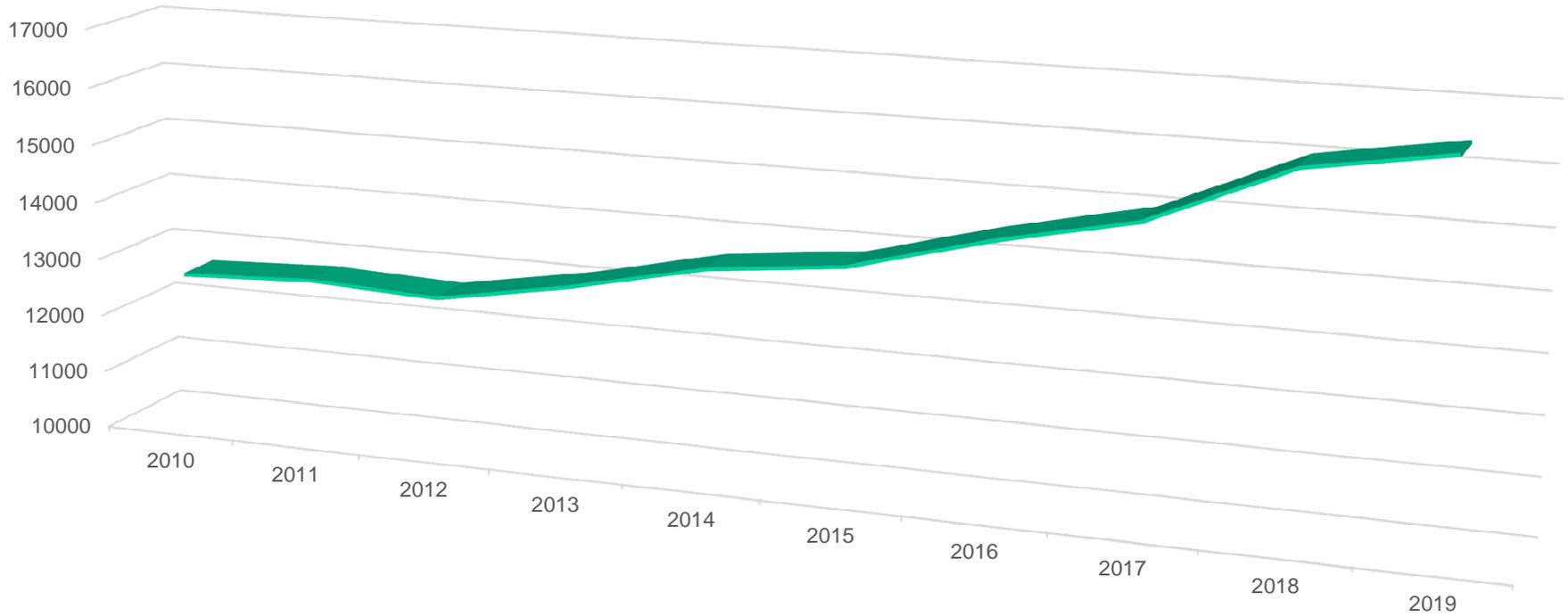
— Anzahl der Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen



Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren 2010 bis 2019

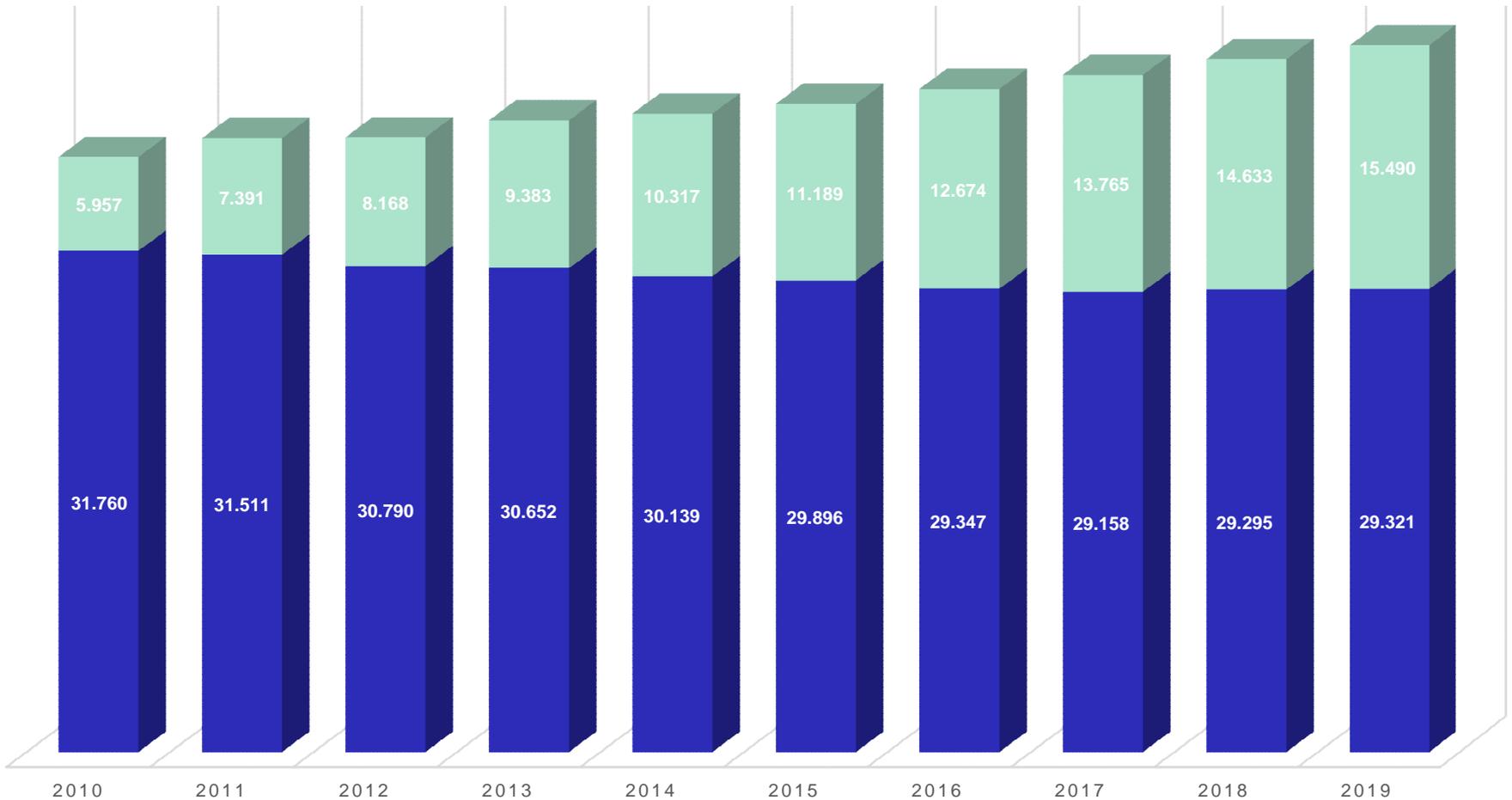


Weibliche Mitglieder in der Freiwilligen Feuerwehr

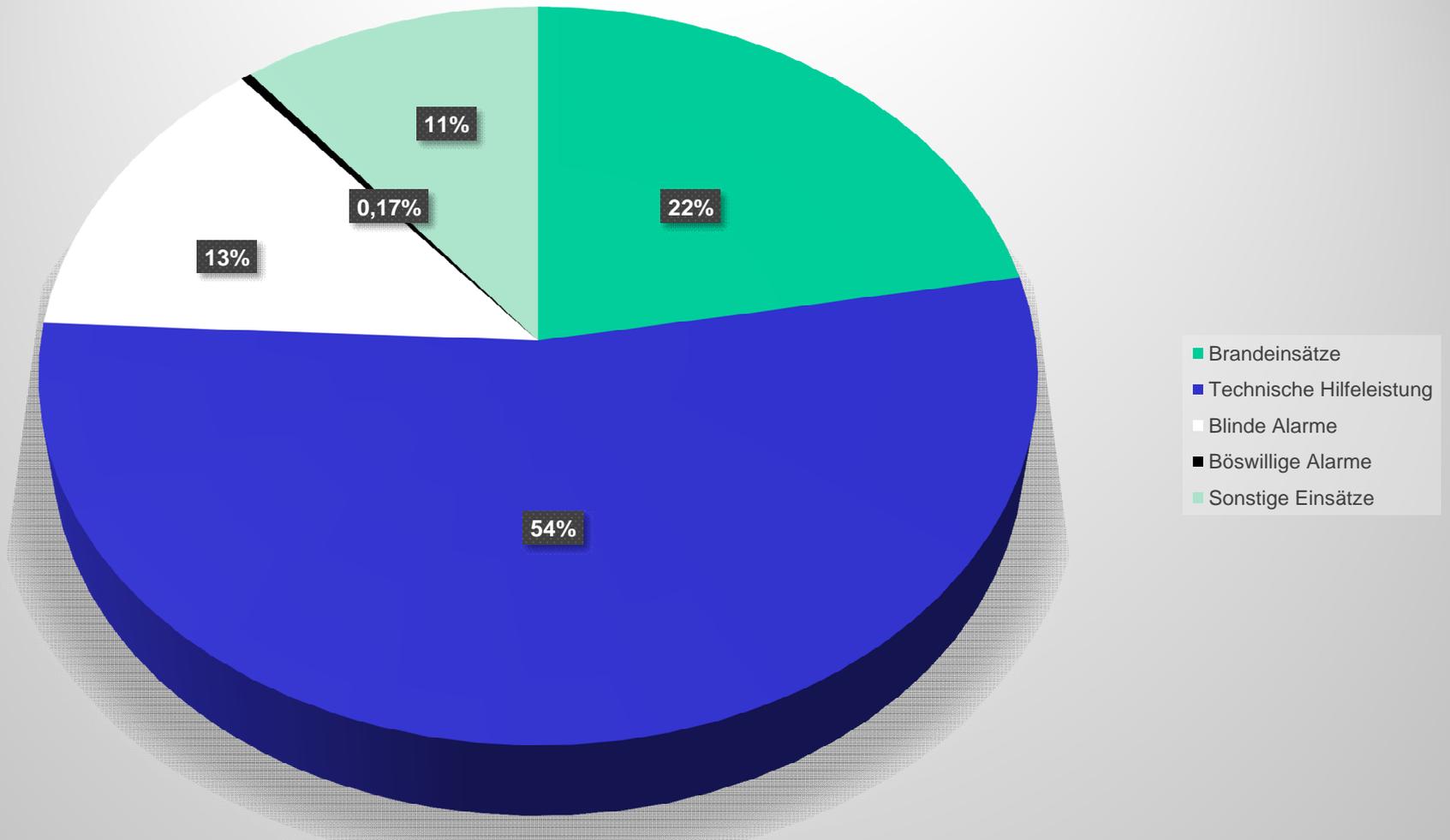


MITGLIEDER IN KINDER- UND JUGENDFEUERWEHREN 2010 BIS 2019

■ Jugendfeuerwehr ■ Kinderfeuerwehr



Anteil der Einsätze



Besondere Herausforderungen 2018

Niedersächsische Einheiten in Särna – Schweden

- Einsatzzeit Nds. Einheiten aus dem Landkreis Nienburg 20.07.-31.07.
- Insgesamt 52 Einsatzkräfte in Schweden
- Begleitung des Einsatzes vom Kompetenzzentrum des Nds. MI

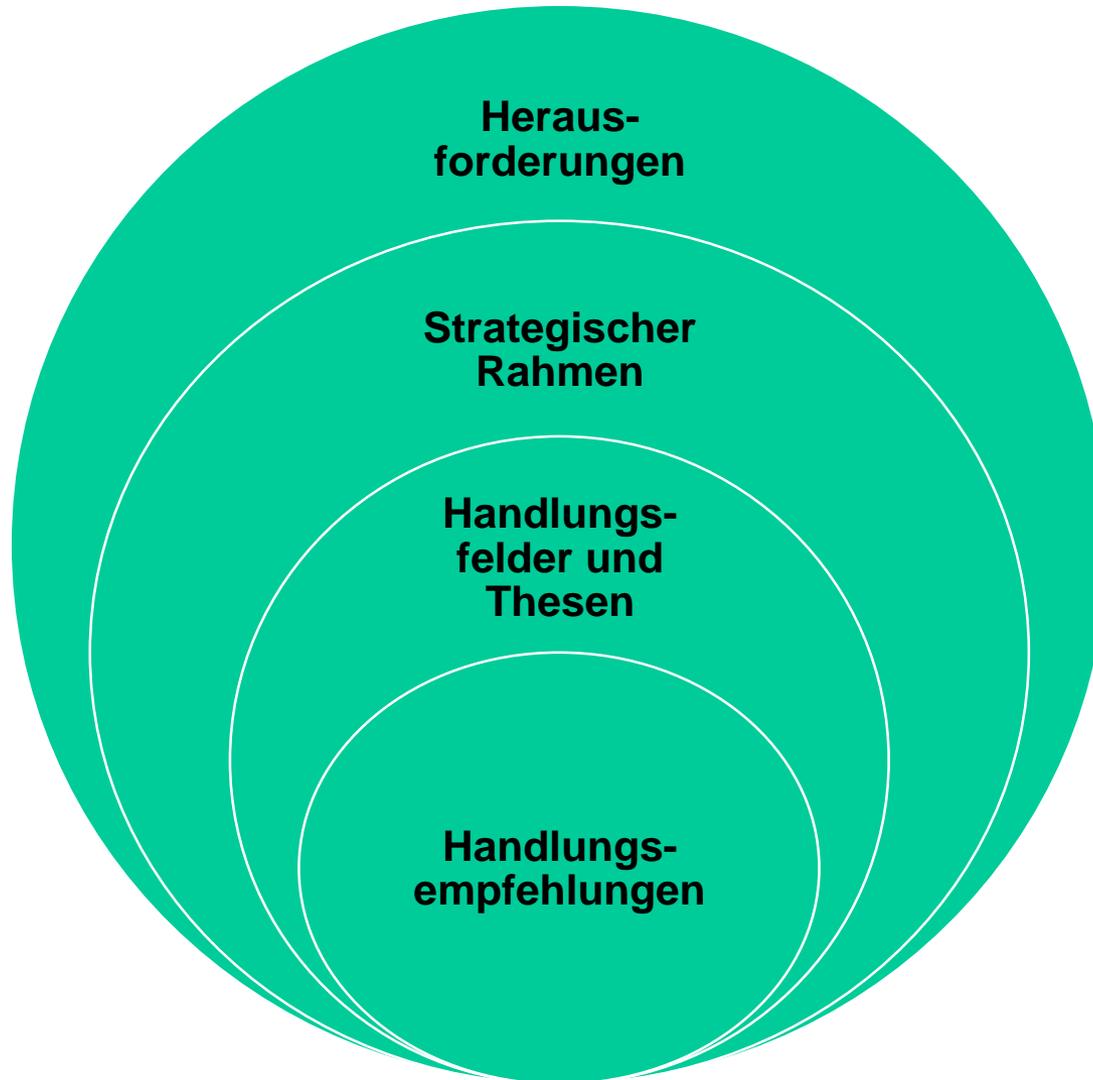


Besondere Herausforderungen 2018

Großbrand auf der Wehrtechnischen Dienststelle (WTD) 91 bei Meppen

- Einsatzzeit Nds. Einheiten ab 04.09. bis 01.10.2018
- Katastrophenfall LK Emsland vom 21.09. bis 27.09.
- Begleitung des Einsatzes vom Kompetenzzentrum des Nds. MI





Der Wandel fordert die Feuerwehren heraus...!



Strategischer Rahmen und Schutzziele

In Niedersachsen stützt sich das flächendeckende System des Brandschutzes und der Hilfeleistung traditionell ganz wesentlich auf die Freiwilligen Feuerwehren im Zusammenspiel mit den Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren.



Niedersachsen hat
angesichts des demographischen
Wandels
in den zurückliegenden Jahren
die **richtige Strategie** verfolgt.



Aber das System ist nach wie vor durch die Auswirkungen der demografischen Entwicklung langfristig gefährdet und zusätzlich

- verändern sich die Werteorientierung der ehrenamtlich engagierten Einsatzkräfte,
- stellen Technisierung und Digitalisierung neue Anforderungen,
- nehmen Qualifikation und Spezialisierung zu und
- kommen Klimawandel und
- neue Bedrohungslagen hinzu.

Strategischer Rahmen und Schutzziele

Zur zukünftigen Sicherstellung des Brandschutzes bedarf es daher der **Fortsetzung** der bisher erfolgreich umgesetzten Strategie zum Erhalt und zur Stärkung der Flächenorganisation des Brandschutzes ebenso einer vorausschauenden **Perspektive**, die künftigen Herausforderungen rechtzeitig begegnet.



- Stärkung des ehrenamtlichen Engagements
- Stärkung der gesellschaftlichen Wahrnehmung
- Etablierung einer ganzheitlichen, praxisnahen und bedarfsgerechten Aus- und Fortbildung
- Modernisierung und Digitalisierung des Brandschutzes
- Herstellen der materiellen und funktionalen Voraussetzungen
- Stärkung der hauptberuflichen Tätigkeit



Landtag

- Novelle des NBrandSchG 2021
- Novelle des NKatSG 2021
- Novelle NBG 2021
- finanzielle Rahmenbedingungen Haushalt 2022 ff.

Ministerium für Inneres und Sport

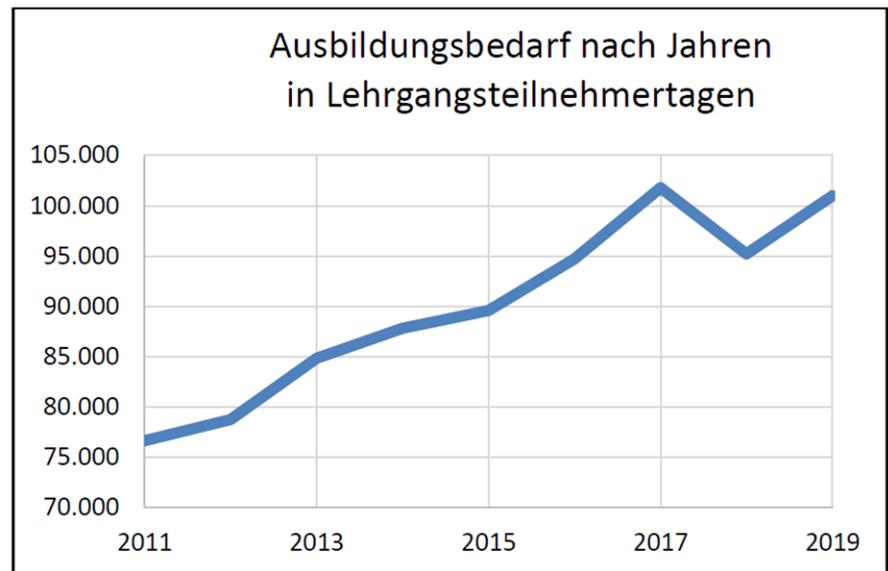
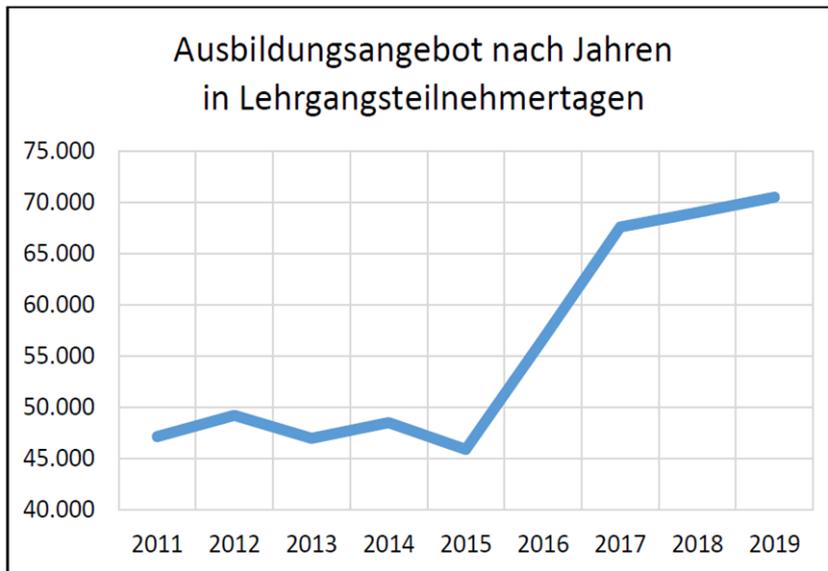
- Aktionsplan „Einsatzort Zukunft“
 - Sofortmaßnahmen
 - Prüfaufträge
 - Mittelfristige und
 - Langfristige Maßnahmen

- Kreisfeuerwehrebereitschaften
- Ergänzender überörtlicher Brandschutz
- Digitalisierungsprogramm
- Stärkung des Ehrenamtes
- Feuerwehrbedarfsplanungen (Gemeinden, Landkreise, Land)



Fortentwicklung der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK)

–Stufenweise Steigerung der Lehrgangsbedarfsdeckung



Fortentwicklung der Akademie für Brand- und Katastrophenschutz im NIBK



Neuorganisation des Brand- und Katastrophenschutzes mit Gründung des Niedersächsischen Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz (NLBK) zum 1.1.2021



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Umfrageergebnisse

**„Erfahrungen mit Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen
und tätlichen Angriffen in den Freiwilligen Feuerwehren in
Niedersachsen“**

Feuerwehr-Unfallkasse Niedersachsen



Gliederung

1. Hintergrund der Umfrage
2. Durchführung der Umfrage
3. Rücklaufquote
4. Umfrageergebnisse
5. Zusammenfassung und Ausblick



1. Hintergrund der Umfrage

- Umfrage wurde motiviert durch die Kampagne **#schlussdamit – Keine Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte**
- Es liegen nur vereinzelt Unfallanzeigen vor.
- Deshalb: Befragung zu Erfahrungen mit Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen
- Forschungsfragen: Wie stark sind die Feuerwehren in Niedersachsen von solchen Erfahrungen betroffen? Welche Formen von Gewalt sind am Verbreitesten?



2. Durchführung der Umfrage

- Online-Befragung → Zugang zum Fragebogen wurde per E-Mail an alle Kreisbrandmeister und an alle Stadtbrandmeister der kreisfreien Städte versandt
- Im September wurde die Pilotumfrage in der Region Hannover und im Landkreis Leer durchgeführt.
- Landesweite Hauptumfrage startete Ende Oktober (erstmalig in dieser Form)
- Dauer des Befragungszeitraums = jeweils vier Wochen
- Umfrage bezieht sich auf die letzten zwei Jahre oder die zuletzt erlebte Situation

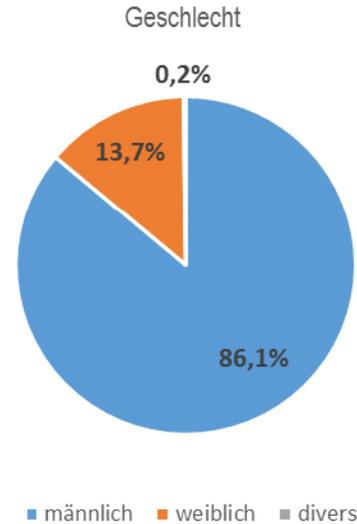


3. Rücklaufquote

- Insgesamt haben **2.668** aktive volljährige freiwillige Feuerwehrmitglieder an der Umfrage teilgenommen.
 - **hohe Rücklaufquote**
 - anteilige Stichprobe
 - eindeutiger **Trend** lässt sich ableiten
 - Im Merkmal „Geschlecht“ ist das Umfrageergebnis **repräsentativ**.



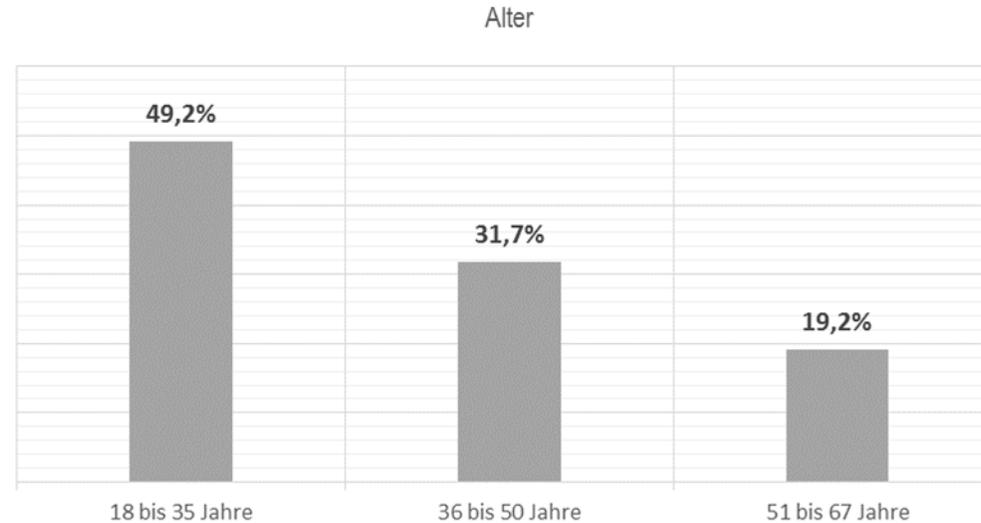
4. Umfrageergebnisse



- 86,1% der Umfrageteilnehmer und -teilnehmerinnen waren männlich und 13,7% weiblich. 0,2% machten die Angabe „divers“. Die Umfrage ist in diesem Merkmal **repräsentativ**.



4. Umfrageergebnisse

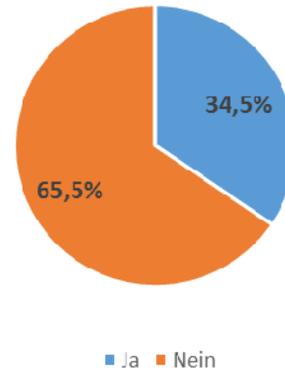


- Knapp die Hälfte der Umfrageteilnehmer und - teilnehmerinnen ist zwischen 18 und 35 Jahren, ca. 1/3 ist 36 bis 50 Jahre alt. Etwa 20% aller Teilnehmenden sind im Alter von 51 bis 67 Jahren.



4. Umfrageergebnisse

Haben Sie in den letzten zwei Jahren Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätliche Angriffe (=Gewalt) während Ihrer Tätigkeit als aktives Feuerwehrmitglied erlebt?

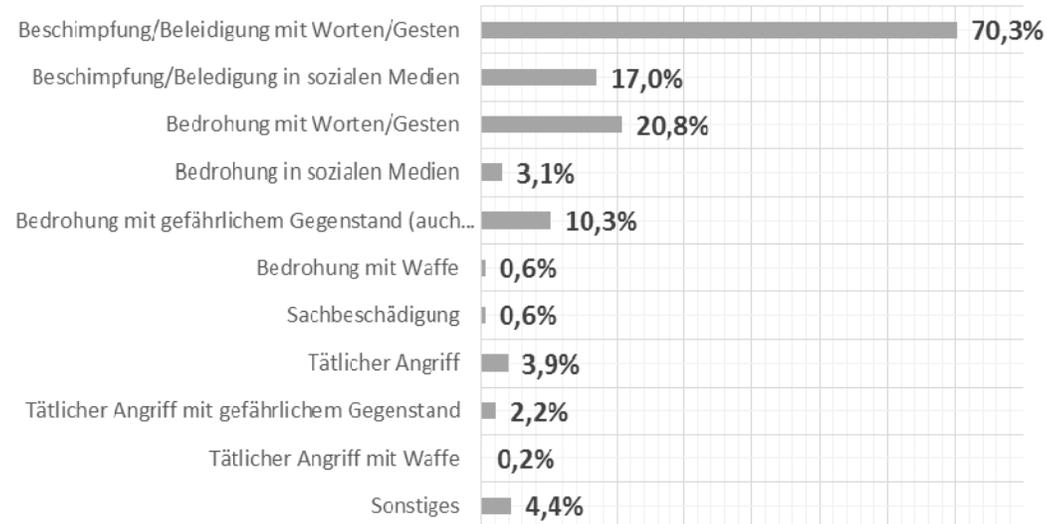


- **Mehr als ein Drittel der Teilnehmenden** hat bereits Gewalt erlebt.
- In der Pilotumfrage gaben **50%** an, bereits Gewalt erfahren zu haben. Die im Vergleich zum Landesergebnis erhöhte Zahl der Gewalterfahrungen könnte daraus resultieren, dass die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer und -teilnehmerinnen aus dem Ballungsraum Hannover kommt („Hotspot“) (→ Stadt-Land-Gefälle).



4. Umfrageergebnisse

In welcher Form haben Sie Gewalt in den vergangenen zwei Jahren erlebt?

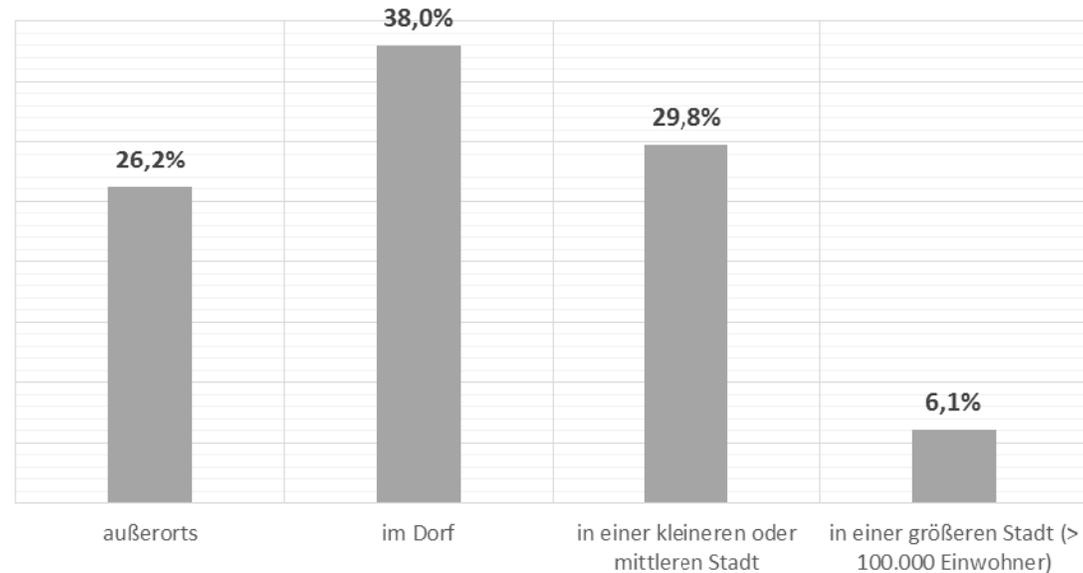


- Hier waren Mehrfachnennungen möglich. Auffällig ist, dass der Großteil der Umfrageteilnehmer und -teilnehmerinnen in den vergangenen zwei Jahren **Beschimpfungen und Beleidigungen mit Worten/Gesten** erfahren hat. Außerdem wurden vermehrt Bedrohungen mit Worten/Gesten erlebt. Beschimpfungen, Beleidigungen und Bedrohungen in **sozialen Medien** haben ebenso einen deutlichen Anteil.



4. Umfrageergebnisse

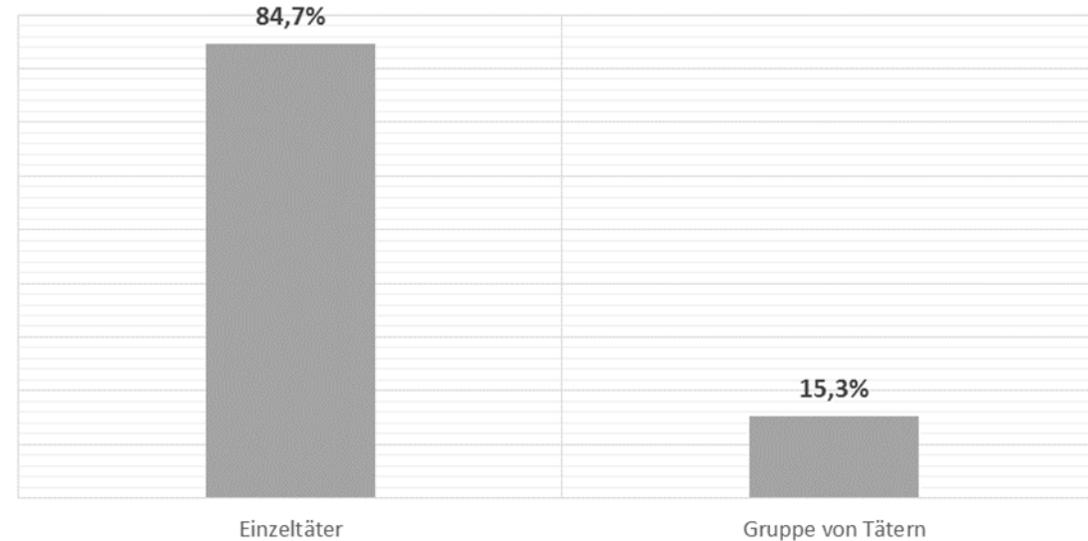
Wo fand die von Ihnen zuletzt erlebte Situation, in der Sie Gewalt erlebt haben, statt?



- Bezüglich des Stadt-Land-Gefälles zeigt sich kein starker Trend. Knapp 40% gaben an, dass die zuletzt erlebte Situation „im Dorf“ stattfand. Dass nur 6,1% der Gewalterlebnisse in einer Großstadt anzusiedeln sind, dürfte dadurch erklärt werden, dass hier überwiegend Berufsfeuerwehren an Einsätzen beteiligt sind.

4. Umfrageergebnisse

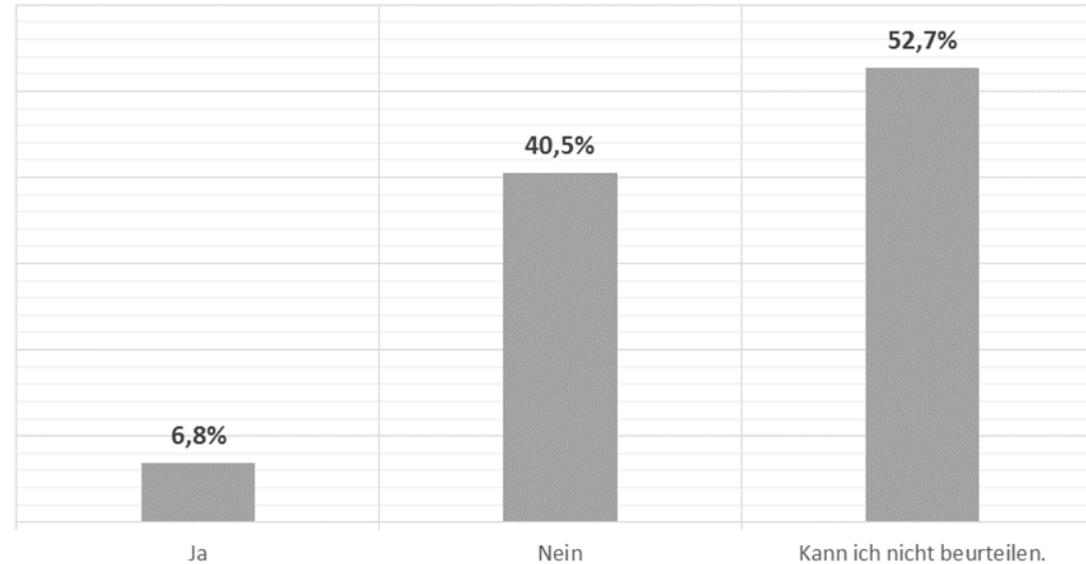
Handelte es sich in Ihrer zuletzt erlebten Situation um einen einzelnen Täter
oder um mehrere Täter?



- Es sticht heraus, dass knapp 85% der Befragten angeben, in ihrer zuletzt erlebten Situation **Opfer von Einzeltätern** geworden zu sein. Nur 15% der Befragten hatten es mit Gruppen von Tätern zu tun.

4. Umfrageergebnisse

Standen der oder die Täter unter Alkoholeinfluss?



- In Bezug auf Erfahrungen mit Gewalt spielt **Alkohol keine bedeutende Rolle**. Nur knapp 7% gaben an, dass der oder die Täter mit Sicherheit unter Alkoholeinfluss gestanden haben muss/müssen. 40,5% beantworteten diese Frage mit „Nein“ und etwa die Hälfte konnte dies nicht beurteilen. Ein **ähnliches Ergebnis** erbrachte die Frage nach möglichem **Drogeneinfluss** der Täter.



5. Zusammenfassung und Ausblick

Es geht **weniger** um **körperliche Gesundheitsschäden** (was auch die geringe Anzahl von Unfallanzeigen erklärt), als **vielmehr** um **eher psychische Belastungen** durch verbale Gewaltvorfälle, die für sich allein gesehen keiner medizinischen Betreuung bedürfen.

Stärkere und gezieltere **Aufklärung der Öffentlichkeit** über die Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehren

Seminare und Schulungen zu Themen wie Deeskalation und richtiges Verhalten am Einsatzort

Stärkere Vernetzung mit der **NABK**

Kampagne **#schlussdamit – Keine Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte** und Umfragekonsequenzen stärker miteinander vernetzen

Strafrechtlichen Aspekt im Blick behalten → härtere und sofortige Sanktionen, um Gewalt gegen Feuerwehreinsatzkräfte zu verringern



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

